

Reissner, Johannes

**Research Report**

## Irans Selbstverständnis als Regionalmacht: Machtstreben im Namen antikolonialer Modernität

SWP-Studie, No. S 29/2008

**Provided in Cooperation with:**

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs,  
Berlin

*Suggested Citation:* Reissner, Johannes (2008) : Irans Selbstverständnis als Regionalmacht: Machtstreben im Namen antikolonialer Modernität, SWP-Studie, No. S 29/2008, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/252687>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## **SWP-Studie**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Johannes Reissner*

# **Irans Selbstverständnis als Regionalmacht**

Machtstreben im Namen antikolonialer  
Modernität

S 29  
Oktober 2008  
Berlin

**Alle Rechte vorbehalten.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in Aus-  
zügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

Die Studie gibt ausschließ-  
lich die persönliche Auf-  
fassung des Autors wieder

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2008

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN 1611-6372

# Inhalt

- 5 **Problemstellung und Empfehlungen**
- 7 **Selbtsicht und Begründung des Führungsanspruchs**
- 7 Iran im Zentrum
- 9 Geschichte
- 11 Internationales System und antiimperialistischer Widerstand
- 14 **Vision und Mission**
- 14 Iran als erste Kraft der Region
- 16 Die antiimperialistische Mission für globale Gerechtigkeit
- 19 **Strategien**
- 19 Aggressive Diplomatie
- 21 »Beziehungen regionaler Überlegenheit«
- 24 Ideologie, Pragmatismus und das Verhältnis zu den USA
- 28 **Schlussfolgerungen und Empfehlungen**

*Dr. Johannes Reissner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter  
der Forschungsgruppe Naher Osten und Afrika.*

**Irans Selbstverständnis als Regionalmacht.  
Machtstreben im Namen antikolonialer Modernität**

Iran konnte in den letzten Jahren seine Position als Regionalmacht ausbauen. Wie aber sieht das Land seine Rolle in der Region, und welches Selbstverständnis liegt dieser Sichtweise zugrunde? Welche Zielvorstellungen hat die iranische Führung, welche Strategien verfolgt sie? Und schließt der von Teheran vehement proklamierte Antiimperialismus eine Normalisierung der Beziehungen zu den USA aus?

Die vorliegende Studie untersucht diese Fragen in erster Linie anhand von Reden des Revolutionsführers Ali Khamenei und Presseveröffentlichungen aus Kreisen, die der Regierung Ahmadinejad nahe stehen, insbesondere der Revolutionsgarden. Diese Materialien sagen zunächst wenig über Irans tatsächliche Aktivitäten in der Region aus. Doch die Ansprachen des Revolutionsführers sind von zentraler Bedeutung für die politischen Grundsatzpositionen Irans, und die Revolutionsgarden haben seit dem Amtsantritt von Mahmud Ahmadinejad 2005 nicht nur in Politik und Wirtschaft, sondern auch in den öffentlichen Debatten an Einfluss gewonnen. Sie stehen zwar nicht geschlossen hinter Ahmadinejads Regierung, doch hinter den Revolutionsführer stellen sie sich allemal.

Zur Region gehören nach iranischer Auffassung neben dem Nahen und Mittleren Osten die Türkei, der Kaukasus, Zentralasien sowie Afghanistan und Pakistan. Allerdings ist Irans regionale Politik vom iranisch-amerikanischen Konflikt kaum mehr zu trennen, seit die USA mit der Besetzung des Irak zum mächtigsten Akteur in der Region geworden sind. Der Sichtweise Teherans zufolge zwingt eine latente Bedrohung durch die Vereinigten Staaten zu einer verstärkten Widerstandshaltung. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten der USA in Afghanistan, im Irak und im Nahen und Mittleren Osten allgemein begreift man als Chance, um sich in der Region als islamische und antiimperialistische Ordnungsmacht zu profilieren und zugleich Anerkennung und Sicherheitsgarantien seitens der USA zu gewinnen.

Iran glaubt ein quasi natürliches Anrecht auf eine regionale Führungsrolle zu besitzen und sieht dieses in der Größe des Landes, seiner hohen Bevölkerungszahl, seinen Energieressourcen und vor allem seiner geopolitischen Zentralität begründet. Die Erinnerung

an die einstige Bedeutung der iranisch-islamischen Zivilisation unterfüttert den Anspruch. Allerdings ist diese Erinnerung mit dem Trauma verbunden, die frühere Größe verloren zu haben, wofür vor allem die rund zweihundertjährige Erfahrung mit dem kolonialistischen Westen verantwortlich gemacht wird.

2005 hat der Revolutionsführer das Grundsatzdokument der »20-Jahre-Vision« für die iranische Politik verbindlich gemacht. Dieser »Vision« zufolge soll Iran bis 2025 wirtschaftlich, wissenschaftlich und technologisch den ersten Platz in der Region erreichen – es geht um Entwicklung. In den Zielvorstellungen beschreibt das Dokument einen Elitenkonsens; gestritten wird allerdings über dessen politische Umsetzung und die Gewichtung von sicherheitspolitischen Voraussetzungen gegenüber den Entwicklungsanstrengungen selbst. Für den Revolutionsführer ist die »20-Jahre-Vision« Teil jener Idee, die Iran als Entwicklungsmodell für die islamische Welt versteht. Dies wiederum begründet die Vorreiterrolle des Landes im anti-imperialistischen Widerstand – gemäß dem Slogan »Gerechtigkeit unter den Nationen und Staaten«. Iran wird damit eine Mission zugeschrieben, die sich nicht auf die islamische Welt beschränkt.

Als Strategie zur Festigung der eigenen Position wird eine »aggressive Diplomatie« proklamiert – das Gegenmodell zur Entspannungspolitik der früheren Regierung Khatami (1997–2005), die den Westen nur zu immer neuen Forderungen gegenüber Iran ermuntert habe. »Aggressive Diplomatie« soll heißen, eigene Forderungen an den Westen zu richten, der weltweit und vor allem in der Region für verheerende Unterdrückung und Ungerechtigkeit verantwortlich sei.

Dabei lässt die Strategiediskussion auch pragmatische Ansätze erkennen. Der amerikanisch-iranische Konflikt soll kontrolliert und »gemanaged« werden, so der Tenor der Debatte. Um eine regionale Ordnung zu schaffen, sind die Beziehungen zur Türkei, zu Pakistan und Saudi-Arabien zu pflegen, die als strategisch wichtige Länder ebenfalls einen »überlegenen« Status in der Region besitzen. Zwar könnten sie mit Hilfe der Großmächte Iran isolieren, doch dann wäre Iran im Gegensatz zu ihnen in der Lage, die Entwicklung der Region insgesamt zu blockieren. Für die Pflege des regionalen Beziehungsgeflechts spielen allerdings nicht nur diese Länder eine Rolle – Irans Bemühungen um Einfluss und vielfältige Kontakte auf allen Ebenen erstrecken sich auf sämtliche Staaten der Region.

Die USA werden einerseits aus ideologischen Gründen verurteilt; andererseits erhebt man Forderungen, die Washington erfüllen müsse, bevor Iran sich auf

Verhandlungen einlassen könne. So überzogen diese Forderungen auch erscheinen mögen, signalisieren sie doch das grundlegende Interesse Teherans, mit den USA in einen Dialog zu treten. Im Jahr 2003 hatte diese Haltung mit einem ernsthaften Verhandlungsvorschlag – der von den USA allerdings zurückgewiesen wurde – auch praktische Konsequenzen.

Die hier dargestellten Diskurse erfüllen auch eine zentrale innenpolitische Funktion. Es geht um Deutungshoheit bei der Frage, welche Rolle Iran in der Region und der Welt spielen soll, also um eine am Außenverhältnis orientierte Identitätsbeschreibung. Diese wiederum wird in den Dienst der Regimesicherung gestellt; die hoheitlichen Diskurse des Revolutionsführers dienen als Messlatte für Regimeloyalität. In der Bevölkerung sind die Vision vom »ersten Platz« innerhalb der Region und die Rede von Irans anti-imperialistischer Mission insofern resonanzfähig, als es in dem Land eine fast zweihundertjährige Tradition antikolonialer Bestrebungen gibt (die nach Ansicht der iranischen Führung mit der Revolution von 1979 auf das richtige, nämlich islamische Gleis gebracht wurde). Mit dem antiimperialistischen Diskurs will sich Iran an die Spitze einer weltweit anzutreffenden Bewegung stellen, die eine alternative, nichtwestliche Moderne zum Ziel hat. Diese Tendenzen sollte der Westen nicht nur als Spätfolge des eigenen kolonialistischen Sündenfalls betrachten, die sich mit Globalisierung und fortschreitender Modernisierung früher oder später von selbst erledigen werde. Sie lassen sich auch nicht dadurch aus der Welt schaffen, dass man sie in den Bereich des rein Ideologischen und Irrationalen abschiebt, auch wenn Teherans Rhetorik mit ihren Bezügen zur Religion dies nahelegen mag.

Einen Schlüssel für die Problematik, wie mit diesen Tendenzen umzugehen ist, bietet das iranische Streben nach Anerkennung. In Verhandlungen, die an Interessen ausgerichtet sind, lässt sich Anerkennung praktizieren. Damit stellt sich die politische Aufgabe, ideologische Positionen in Interessen und Verhandlungsgegenstände zu überführen. Für die westliche Politik heißt das, die Forderung nach Suspendierung der iranischen Urananreicherung als Vorbedingung für Verhandlungen zu überdenken, denn sie gilt der Führung des Landes als Verweigerung der Anerkennung. Zugleich sollte der Westen im Interesse der Entspannung nach Möglichkeiten suchen, Iran gerade innerhalb der Region durch selektive Kooperation verantwortungsvoll einzubinden, um so vertrauensbildende Effekte zu erzielen. Als mögliches Feld bietet sich den Europäern dabei Afghanistan an.

## Selbstsicht und Begründung des Führungsanspruchs

»Heute ist unsere Nation geschätzt, sie inspiriert. Das System der Islamischen Republik wird als ein mächtiges anerkannt, und die verschiedenen Länder und unterschiedlichen Mächte der Region und über sie hinaus sind angesichts der erhabenen Größe der iranischen Nation gezwungen, die Größe dieser Nation anzuerkennen.«<sup>1</sup>

Mit diesen Worten beschrieb der Oberste Revolutionsführer Khamenei am 8. Februar 2008 vor Angehörigen der iranischen Luftwaffe den gegenwärtigen internationalen Status des Landes. Im Zentrum der Aussage steht die Anerkennung Irans; ein regionaler Führungsanspruch wird nicht direkt formuliert. Dies ist kennzeichnend für die iranische Argumentation: Der eigene Anspruch auf Führung wird selten explizit ausgesprochen, sondern kommt in der Beschreibung der regionalen Vorrangstellung Irans als selbstverständliche Tatsache zum Ausdruck, die keiner weiteren Erläuterung bedarf. Die Forderung nach Anerkennung der Islamischen Republik ist allgegenwärtig in den Äußerungen zur regionalen und internationalen Position Irans; der eigene Führungsanspruch schwingt dabei eher unterschwellig mit. Sachaussagen, wertende Identitätszuschreibungen und ideale Zielvorstellungen stützen sich gegenseitig in dieser Argumentationsweise. Dies ist vor allem dann zu beobachten, wenn der Faktor Islam ins Spiel kommt. So ist die entwickelte und gerechte islamische Gesellschaft einerseits das erhabene Ziel; zugleich gilt das islamische System des Landes – zusammen mit seiner regionalen Zentralität – implizit als Garant dafür, dass Iran per se ein »Hort der Stabilität« sei. Damit nicht genug: In dem hier herangezogenen (keineswegs nur analytischen, sondern zumeist emphatisch politischen)

1 Modiriyat-e rahnamudhâ-ye hazrat-e emâm va maghâm-e mo'azzam-e rahbari, mo'âvenat-e motâlê'ât va barrasi [Direktion der Wegweisungen seiner Exzellenz des Imam (Khomeini) und der obersten Führung (Khamenei), Abteilung für Forschung und Analyse] (Hg.), *Tabyin-e rahnamudhâ* [Erläuterung der Wegweisungen], 1 (23.11.–1.12.1386 [19.2.2008]) 31, S. 4. Diese vom »Büro des Beauftragten des Revolutionsführers bei den Revolutionsgarden« herausgegebenen Broschüren werden im Folgenden nur als »Tabyin« (mit Angabe der betreffenden Nummer und des Datums) zitiert. Sie sind auffindbar unter <[www.basirat.ir](http://www.basirat.ir)> → [tabyin-e rahnamudhâ](#) → [bâyegâni](#) (Archiv).

Schrifttum verschwimmen die Grenzen zwischen Begründung, Ziel und Strategie. Die gute Absicht begründet nicht nur das Ziel, sondern zählt als entscheidende Voraussetzung für die Strategie, mit der es erreicht werden soll.

An folgenden drei Faktoren wird Irans Vorrangstellung und Führungsanspruch festgemacht:

1. Geographie, Bevölkerung, Ressourcenreichtum und geopolitische Zentralität des Landes, 2. seine historische und kulturelle »Größe« in vorislamischer und islamischer Zeit, 3. die gegenwärtigen Entwicklungen in der regionalen wie internationalen Politik, die Irans Chancen verbessert haben, seinen Status und Einfluss in der Region zu steigern.

### Iran im Zentrum

Angesichts des seit der Revolution schwierigen Verhältnisses zwischen Iran und dem Westen gerät leicht aus dem Blick, dass die Region und die Beziehungen zu den Nachbarn für Teheran außenpolitischen Vorrang haben. Dies belegen mit einiger Kontinuität mehrere autoritative Aufsätze über iranische Außenpolitik, die von den Leitern des dem Außenministerium unterstellten *Institute for Political and International Studies* (IPIS), Abbas Maleki (bis 1997) und Manouchehr Mohammadi (seit 2005), beide jeweils auch Vizeaußenminister, verfasst wurden.<sup>2</sup> Maleki nennt unter Bezug auf die Verfassung des Landes folgende Prioritäten iranischer Außenpolitik: 1. Irans Nachbarn, 2. muslimische Länder, 3. Dritte-Welt-Länder und 4. Länder, »die politische, wirtschaftliche, soziale und/oder militärische Bedürfnisse Irans erfüllen«.<sup>3</sup>

2 Abbas Maleki, »The Islamic Republic of Iran's Foreign Policy: The View from Iran«, in: *The Iranian Journal of International Affairs*, 7 (Winter 1996) 4, S. 744–753; Manouchehr Mohammadi, »Principles of Iran's Foreign Policy«, in: *The Iranian Journal of International Affairs*, 14 (Winter 2007) 1, S. 1–10.

3 Abbas Maleki, *Iran's 20 Years Perspective Document and Iran's Foreign Relations*, Powerpoint-Präsentation des Vortrags auf der Conference on Iran's 20 Years Perspective Document and Public Participation, Sharif University of Technology, Tehran, 18.5.2005, Folie 13; <[www.caspianstudies.com/Foreignpolicy/my%20new%20article/Iran's%2020-Year%20Perspective%20Document%20&%20Iran's%20Foreign%20Relations.ppt](http://www.caspianstudies.com/Foreignpolicy/my%20new%20article/Iran's%2020-Year%20Perspective%20Document%20&%20Iran's%20Foreign%20Relations.ppt)>.

Trotz der hohen Bedeutung, die Iran der Region zuspricht, sind regionale und internationale bzw. globale Beziehungen allerdings aus mehreren Gründen miteinander verzahnt. Erstens ist Iran einer der führenden Erdöl- und Erdgasexporteure der Welt. Von zentraler Wichtigkeit sind für Teheran daher die Beziehungen zum Weltmarkt und zu den erdöl- und erdgasimportierenden Industrieländern, die zugleich die zur Förderung dieser Rohstoffe notwendige Technologie liefern. Die Abnehmerländer liegen nun mal nicht in der Region, vielmehr sind die meisten Nachbarn Irans selbst erdölexportierende Rentierstaaten. Zweitens verschwimmt die Grenze zwischen »regional« und »international« wegen der massiven Präsenz außerregionaler Mächte insbesondere seit der Besetzung des Irak durch US-Truppen im Jahr 2003. Drittens schließlich spielt die grundlegende kulturelle und ideologische Auseinandersetzung der Islamischen Republik Iran mit »dem Westen« auch in ihre regionalen Beziehungen hinein.

Was gehört nach Ansicht Teherans zur Region? Iranische Darstellungen rechnen nicht nur direkt angrenzende Nachbarstaaten dazu, sondern auch benachbarte Regionen, die Länder ohne gemeinsame Grenze mit Iran einschließen – wie Tadschikistan, Usbekistan und Kirgistan in Zentralasien, Libanon und Israel im Nahen Osten oder Oman auf der benachbarten arabischen Halbinsel. Maleki nennt folgende »Subregionen Irans« (sic!): 1. der [Nahe und] Mittlere Osten, 2. der Persische Golf, 3. Zentralasien, Kaukasus und Afghanistan, 4. das Kaspische Becken.<sup>4</sup> Russland wird trotz gemeinsamer Grenze im Kaspischen Meer nicht als Teil der Region, sondern als Akteur sui generis betrachtet. Indien wiederum erfährt in den eher theoretischen Überlegungen zur Region kaum eine ausführlichere Behandlung, obwohl es als regionsnahe Führungsmacht der Blockfreienbewegung, als potentieller Abnehmer von Erdöl und Erdgas, wegen der geplanten »Friedenspipeline« von Iran durch Pakistan nach Indien sowie aufgrund historisch-kultureller Affinitäten einen hohen Stellenwert für Iran hat.<sup>5</sup> Trotz seiner Größe wird Indien einfach Südasien zugeordnet, wenn von den benachbarten Regionen die Rede ist.

<sup>4</sup> Maleki, *Iran's 20 Years Perspective Document* [wie Fn. 3], Folie 5.

<sup>5</sup> Tatsachen wie die, dass Persisch die Sprache der Mogulherrscher in Delhi war und in Indien eine große Zahl persischer Handschriften existiert (die bislang nicht ediert wurden), spielen für Irans Selbstverständnis als Kulturnation eine wichtige Rolle.

Entscheidend für das iranische Selbstverständnis ist die Zentralität des Landes in der Region. Iran sieht sich mit seinem Reichtum an fossilen Energieträgern inmitten der energiereichsten Region der Erde im »Zentrum der Entwicklungen der Welt«.<sup>6</sup> Außerdem ist Iran mit einer Fläche von etwas über 1,6 Millionen Quadratkilometern das zweitgrößte Land der Region – nach Saudi-Arabien (2,2 Millionen km<sup>2</sup>) und vor Pakistan (880 000 km<sup>2</sup>), der Türkei (814 000 km<sup>2</sup>) und Afghanistan (652 000 km<sup>2</sup>). Auch hinsichtlich seiner Bevölkerungszahl (mehr als 70 Millionen) nimmt Iran nach Pakistan (167 Millionen) und vor der Türkei (70 Millionen) den zweiten Platz in der Region ein. Als weiterer Faktor, der die geopolitische und geostrategische Position des Landes begünstigt, wird Irans Eigenschaft als Transitland zwischen Nord und Süd sowie Ost und West genannt. All diese Aspekte zusammen begründen in der iranischen Eigenwahrnehmung eine quasi natürliche Vorrangstellung des Landes im regionalen Umfeld.<sup>7</sup>

Dabei wurde das iranische Selbstbewusstsein durch den Untergang der Sowjetunion enorm gestärkt. Während des Kalten Krieges stand Iran gewissermaßen auf einer nord-südlichen Achse zwischen West und Ost. Zusammen mit der Türkei und Pakistan gehörte das Land zum »Northern Tier«, das für den Westen eine Bollwerkfunktion an der Südgrenze der Sowjetunion erfüllen sollte. 1972 wurde Iran von den USA zum »Polizisten am Golf« erhoben, der den antiwestlichen Tendenzen in der arabischen Welt entgegenzutreten hatte. Durch den Zerfall der Sowjetunion, der sich fast zeitgleich mit dem Ende des achtjährigen iranisch-irakischen Krieges vollzog, erhielt Teheran wieder Zugang zum Kaukasus und zu Zentralasien – Regionen, die historisch und kulturell viel mit Iran verbindet, die nun aber erstmals in der Geschichte eine nationalstaatliche Aufgliederung erfuhren. Seitdem sind einseitige Zuordnungen Irans zum Mittleren Osten oder gar zum »Gulf subcomplex« des »Middle Eastern Regional Security Complex«<sup>8</sup> nicht mehr haltbar. Die neue Situation wurde in Iran emphatisch

<sup>6</sup> Mohammadi, »Principles of Iran's Foreign Policy« [wie Fn. 2], S. 5.

<sup>7</sup> Fathollah Parishan, »Bâzyâbi-ye eghtedâr-e jomhuri-ye eslâmi dar siyâsat-e khâreji« [Einschätzung der Macht der Islamischen Republik in der Außenpolitik], in: *Basirat*, 27.7.1386 (20.10.2007), <[www.basirat.ir/news.aspx?newsid=14412](http://www.basirat.ir/news.aspx?newsid=14412)>.

<sup>8</sup> So bei Barry Buzan/Ole Waever, *Regions and Powers. The Structure of International Security*, Cambridge 2003, S. 189, Map 5: The Middle Eastern RSC.

begrüßt; die Parole lautete, dass man jetzt nicht mehr nur ein Teil des »arabisch dominierten« Mittleren Ostens sei, sondern ebenso ein Teil Zentralasiens.<sup>9</sup>

Neben die Zentralität Irans treten weitere Identitätsmerkmale wie die »Interaktion von persischer Zivilisation und Islam« sowie das durch die Revolution errichtete politische System, das »auf einer delikaten Balance zwischen historischer und traditioneller Identität einerseits und den Erfordernissen moderner Regierungsinstitutionen andererseits beruht«. Diese Elemente werden als Begründung dafür herangezogen, dass Iran »ein Schlüsselfaktor für Frieden und Stabilität in der Region« sei.<sup>10</sup> Als »Hort der Stabilität« in der Region hatte schon 1993 der damalige Staatspräsident Ali Akbar Hashemi Rafsanjani das Land bezeichnet. Die USA, so Revolutionsführer Khamenei, könnten gerade wegen des Ressourcenreichtums und der geopolitischen wie geostrategischen Zentralität Irans dessen Widerstand gegen das »aggressive« und »arrogante« amerikanische Streben nach Weltherrschaft nicht dulden.<sup>11</sup>

Die Vorstellung vom regionalen Vorrang des Landes ist Allgemeingut unter Iranern. Sie findet sich keineswegs nur bei Vertretern des Regimes, sondern auch bei der säkular-nationalistischen Opposition im Exil. So heißt es bei der *Azadegan-Foundation* (Stiftung der Freiheitlichen), die kurz nach der Revolution von Assad Homayoun gegründet wurde, dem Leiter der politischen Abteilung der iranischen Botschaft in Washington während der Schah-Zeit: »Iran beansprucht aufgrund seiner Größe, seiner Bevölkerung, seiner kulturellen Identität, seiner Ressourcen und seiner Lage als historische, geographische und wirtschaftliche Verbindung zwischen Ost und West sowie als Brücke zwischen den lebenswichtigen Energiezentren des Kaspischen Meeres und des Persischen Golfs größere Bedeutung als je zuvor. Iran braucht eine starke demokratische und säkulare Regierung.«<sup>12</sup>

Inhaltlich stimmt dieses Zitat bis auf den Schlusssatz mit den in Iran selbst propagierten Zentralitäts-

vorstellungen überein, und würde man den letzten Satz ändern in »Iran braucht eine starke islamische Regierung«, ließe es sich ebenso gut verwenden, um den Führungsanspruch der Islamischen Republik zu untermauern. Man kann hier also von einem gesamtiranischen Selbstbewusstsein sprechen, das obendrein historisch verankert ist: Einer der vielen Ehrentitel der früheren persischen Schahs lautete »Zentrum des Universums«.<sup>13</sup>

## Geschichte

Irans politische und kulturell-zivilisatorische Größe in antiker wie islamischer Zeit beflügelt das heutige Selbstverständnis ungemein. Zwar gab es nach 1979 eine Phase, in der die Revolutionäre versuchten, das vorislamische Erbe des Landes zu unterdrücken, doch war sie nur von kurzer Dauer. Es handelte sich dabei um eine Reaktion auf die Staatsideologie von Schah Mohammad Reza Pahlevi. Dieser hatte an die vorislamische Größe Irans angeknüpft, das islamische Erbe des Landes und besonders dessen Klerus als »mittelalterlich« geschmäht und den eigenen regionalen Machtanspruch mit der Vision der »großen Zivilisation« begründet. Diese Tendenz gipfelte 1972 in der pompösen 2500-Jahr-Feier der persischen Monarchie und dem (allerdings erfolglosen) Versuch von 1976, die Zeitrechnung umzustellen. Sie sollte nun mit der Herrschaft des antiken persischen Großkönigs Kyros beginnen und die Zählung seit Auswanderung des Propheten Mohammad von Mekka nach Medina 622 ersetzen. Der schiitische Klerus reagierte mit Verbitterung darauf. Allerdings hatte schon der Vater des Schahs, Reza Schah Pahlevi (reg. 1925 bis 1941), nach dem Vorbild Kemal Atatürks damit begonnen, sich auf die vorislamische Geschichte Irans zu berufen und nationalistische Tendenzen unter Umgehung islamischer Traditionen zu fördern. Dies war in den zwanziger und dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts gängige Praxis im Vorderen Orient, um in den noch jungen Nationalstaaten ein säkulares Nationalbewusstsein entstehen zu lassen.

Während des achtjährigen Krieges gegen den Irak (1980–1988) wurde dann neben islamischer Ideologie wiederum auch iranisches Nationalgefühl sowie ein ganzheitliches Geschichtsbewusstsein zur Mobilisie-

9 So Abbas Maleki, zitiert bei Johannes Reissner, »Zwischen Persischem Golf und Zentralasien: Neuorientierung der regionalen Außenpolitik Irans«, in: Albrecht Zunker (Hg.), *Weltordnung oder Chaos? Beiträge zur internationalen Politik*, Baden-Baden 1993, S. 361–376 (365f).

10 Mohammadi, »Principles of Iran's Foreign Policy« [wie Fn. 2], S. 7.

11 Karim Sadjadpour, *Reading Khamenei: The World View of Iran's Most Powerful Leader*, Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, 2008, S. 15.

12 So auf der Startseite der *Azadegan-Website*, <<http://azadeganiran.com>>.

13 Wörtlich »Zentrum der Welt« (qeblat-e 'âlam); Graham E. Fuller, *The »Center of the Universe«. The Geopolitics of Iran*, Boulder/San Francisco/Oxford 1991, S. 1.

nung benötigt. Die offizielle Integration der vorislamischen Zeit in das Geschichtsbewusstsein der Islamischen Republik brachte Staatspräsident Rafsanjani zum Ausdruck, als er ein Jahr nach Beendigung des Krieges die weltbekannten Altertümer von Persepolis besuchte. Seitdem – und in verstärktem Maße noch, seit Präsident Khatami 1998 den »Dialog zwischen den Zivilisationen« proklamierte – gelten sowohl die islamische als auch die vorislamische Kultur Irans als Identitätsmerkmale der Islamischen Republik. Mit Zivilisation ist nun auch jene vorislamische Epoche des Landes gemeint, die der Schah als »große Zivilisation« zum Ideal erhoben hatte.

Grundsätzlich hat man, wenn von der früheren Größe Irans die Rede ist, keineswegs nur an die zeitweilig weiträumige geographische Ausdehnung iranischer Herrschaft zu denken, sondern auch an die herausragende Bedeutung persisch-iranischer Kultur. Zu ihren Merkmalen gehörte das beachtenswerte Vermögen, andere Kulturen fruchtbar zu absorbieren.<sup>14</sup> Über diese Fähigkeit verfügt Iran noch heute, selbst wenn sie für Außenstehende auf den ersten Blick hinter dem Schleier islamistischer Propaganda zu verschwinden scheint. Eine besondere Rolle spielt die persische Sprache, die etwa vom 13. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts als Lingua franca im Raum von Anatolien bis Delhi und von Zentralasien bis weit in den Persischen Golf hinein diente.<sup>15</sup> Die Erinnerung daran wurde insbesondere durch die Entstehung der Republik Tadschikistan 1991 wachgerufen, weil das Tadschikische – wie das in Afghanistan gesprochene Dari – mit dem Persischen eng verwandt ist.

Doch die Erinnerung an eine ruhmreiche Vergangenheit hat auch ihre Schattenseiten. Sie mag dazu beitragen, die eigenen Kräfte zu mobilisieren. Zugleich aber bewirkt sie eine ständige Verbitterung darüber, dass die einstige Größe nicht mehr existiert. In diesem Grundgefühl unterscheidet sich die Islamische Republik wenig vom Iran der Schah-Zeit. Es ist die Frustration über die seit zwei Jahrhunderten andauernde Ohnmacht des Landes gegenüber fremden Mächten – eine Frustration, die zur Quelle zahlreicher Verschwörungstheorien geworden ist.<sup>16</sup> Dabei reicht die Kette traumatischer Ereignisse, die zur Schmälerung der als »natürlich« betrachteten Großmachtrolle beigetragen haben, in iranischen Augen mitunter

noch sehr viel weiter zurück – bei eher nationalistischem Standpunkt bis zu den Anfängen des Islam und der Eroberung Persiens durch die Araber 636, bei eher islamischer Sichtweise bis zu jenem Märtyrertod, den der Sohn des schiitischen Imam Ali, Hussein, in der Schlacht von Kerbala 680 erlitt.

Weltbild und Selbstverständnis der Iraner wurden jedoch vor allem durch die Erfahrung des westlichen Imperialismus geprägt, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts einsetzte, als die kaukasischen Gebiete an das zaristische Russland fielen. Zu den wichtigen Ereignissen, die als Teil einer langen Reihe des historischen Unrechts gegen Iran gesehen werden, zählen die britisch-russische Doppelbesetzung des Landes 1907 (die dazu beitrug, die Errungenschaften der Verfassungsrevolution von 1905 rückgängig zu machen), die britisch-amerikanisch-sowjetische Okkupation Irans von 1941 bis 1945, der Sturz des nationalistischen Premiers Mohammad Mossadegh und die Wiedereinsetzung der Pahlevi-Herrschaft durch Amerikaner und Briten 1953 sowie die westliche Unterstützung für Saddam Hussein im iranisch-irakischen Krieg von 1980 bis 1988.<sup>17</sup>

Der oft demonstrative Stolz auf die frühere Bedeutung des Landes wirkt allerdings auch insofern als Hindernis für Irans heutige Ambitionen, als er bei den Nachbarn den Verdacht bestärkt, dass Teheran schlicht nach Hegemonie strebe und die einstige Rolle in der Region wiederherstellen wolle. Vor allem in den arabischen Nachbarstaaten ist der Vorwurf verbreitet, dass der islamisch-revolutionäre Iran die »imperiale« Politik des Schahs unter anderen Vorzeichen fortsetze und mit der Revolution nur die Krone durch den Turban ersetzt worden sei.<sup>18</sup> In diesen Argwohn mischt sich nicht selten auch eine konfessionelle Komponente, seit im Irak mit dem Sturz Saddam Husseins der sunnitisch-schiitische Konflikt akut geworden ist – die dortigen Auseinandersetzungen werden mitunter als »Beweis« dafür angeführt, dass Teheran eine Dominanz der Schiiten in der Region herstellen wolle. Darüber hinaus sehen viele im iranischen Streben nach Stärke und Wiederherstellung einstiger Größe einen Beleg dafür, dass Teheran die Atombombe wolle.

Ohne Zweifel sind im politischen Umgang mit Iran das Geschichtsbewusstsein und die historischen

<sup>14</sup> Ebd., S. 28.

<sup>15</sup> Bert Fragner, *Die »Persophonie«. Regionalität, Identität und Sprachkontakt in der Geschichte Asiens*, Halle/Berlin 1999.

<sup>16</sup> Fuller, *The »Center of the Universe«* [wie Fn. 13], S. 14.

<sup>17</sup> Vgl. John W. Limbert, *Negotiating with the Islamic Republic of Iran*, Washington, D.C.: United States Institute for Peace, Januar 2008 (Special Report 199), S. 6.

<sup>18</sup> So auch der Titel einer berühmten Studie über die islamische Revolution: Said Amir Arjomand, *The Turban for the Crown: The Islamic Revolution in Iran*, New York/Oxford 1988.

Traumata des Landes in Rechnung zu stellen. Daraus jedoch einen essentialistischen »Nationalcharakter« oder eine historisch gewachsene »politische Kultur« zu konstruieren, die ein bestimmtes politisches Verhalten bewirken würden, kann sich leicht als eine selbsterfüllende Prophezeiung erweisen.<sup>19</sup> Geschichte und »politische Kultur« kommen zuallererst dort zum Tragen, wo außenpolitische Fragen auf innenpolitischem Feld ausgehandelt werden. Dann wird Geschichte als Identitätsbezug genutzt, um Überzeugungsmacht gewinnen und Interessen durchsetzen zu können.

## Internationales System und antiimperialistischer Widerstand

Das bei der iranischen Führung vorherrschende Bild der gegenwärtigen internationalen Lage, in das sie ihre außenpolitischen Vorstellungen und ihren regionalen Führungsanspruch projiziert, lässt sich wie folgt umreißen: Ein funktionierendes Weltsystem gibt es seit dem Ende des Ost-West-Konflikts nicht mehr, die globale Ordnung befindet sich vielmehr in einem »transitorischen« Zustand des Werdens;<sup>20</sup> Globalisierungsprozesse sind mitverantwortlich für diese Situation. Dabei gilt Globalisierung als »an sich positiv« – allerdings »besteht die Befürchtung, dass die Globalisierung kein Prozess mehr ist, sondern zum Projekt für die Ziele des Westens, insbesondere der USA werde.«<sup>21</sup> Seit dem Ende des Kalten Krieges, so heißt es in einem Aufsatz in der Wochenzeitung der Revolutionsgarden, *Sobh-e Sadegh*, sei das Entstehen einer von den USA als Hegemonialmacht aufgezwungenen Ordnung zu beobachten. Doch diese Ordnung stoße regional und international auf Widerstand.<sup>22</sup> An die Stelle des von den USA beherrschten unipolaren internationalen Systems soll nach Teherans Auffassung ein multipolares treten, wobei nicht selten die islamische

Welt als eigener Pol verstanden wird.<sup>23</sup> Bei seinem ersten Auftritt vor der UN-Vollversammlung im September 2005 sprach Ahmadinejad von fehlender Gerechtigkeit in den internationalen Beziehungen und selbst innerhalb der Vereinten Nationen. Aus dieser Anklage leitete man »Gerechtigkeit unter den Nationen und Staaten« als außenpolitisches Prinzip der Regierung Ahmadinejad ab und stilisierte es zum »einzigem organisierenden Prinzip, das eine Antwort auf die Bedürfnisse der Menschheit gibt.«<sup>24</sup> – »Gerechtigkeit« ist das zentrale Motto der Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik Ahmadinejads.

Die konfrontative Außenpolitik, die vom Revolutionsführer unterstützt wird, macht sich die regionale und internationale Lage zunutze, wie sie sich zur Zeit von Ahmadinejads Amtsantritt im Sommer 2005 darstellte. Dass es die USA waren, die Iran von seinen gefährlichsten regionalen Widersachern befreit und dem Land so zu mehr Spielraum verholfen haben – mit der Beseitigung der Taliban-Herrschaft in Afghanistan 2001 und dem Sturz Saddam Husseins 2003 –, ist oft als Ironie der Geschichte bezeichnet worden. Allerdings sind die USA durch die beiden Interventionen auch zum mächtigsten Akteur in der Region geworden, während Iran sich von amerikanischen Truppen eingekreist sieht. Gleichzeitig vertritt der Revolutionsführer die Ansicht, dass die Amerikaner mit all ihren Projekten gescheitert seien – dies zeige sich an ihren Schwierigkeiten in Afghanistan und im Irak, an ihrer Unfähigkeit, die Region zu stabilisieren und die angekündigte Neuordnung zu verwirklichen, sowie am Misslingen ihrer Demokratisierungsstrategie für den »größeren Mittleren Osten«.<sup>25</sup>

Darin erblickt Iran eine Chance für seine eigenen regionalen Ambitionen, für die die »Befreiung« der Region von externen Mächten, allen voran den USA, zentral ist. Iran sieht sich heute in der Position, nicht umgangen oder ausgeklammert werden zu können. Die ersten direkten Gespräche mit den Amerikanern über den Irak – die Ende Mai 2007 in Bagdad geführt

<sup>19</sup> Eine Diskussion der Problematik findet sich bei Fuller, *The »Center of the Universe«* [wie Fn. 13], S. 9f.

<sup>20</sup> Mohammadi, »Principles of Iran's Foreign Policy« [wie Fn. 2], S. 5.

<sup>21</sup> Bericht über den »Internationalen Globalisierungskongress in Teheran« vom 8.1.2007 im deutschen Programm des iranischen Rundfunks, <[http://german.irib.ir/index.php?option=com\\_content&task=view&id=6506](http://german.irib.ir/index.php?option=com_content&task=view&id=6506)>.

<sup>22</sup> Mohammad Ferhad Koleini, »Konstruktive regionale Beziehungen im Prozess des Dokuments der 20-Jahre-Vision« (auf Persisch), in: *Sobh-e Sadegh*, 5 (7.3.1386 [28.5.2008]) 302, <[www.sobhesadegh.ir/1386/0302/M10.HTM](http://www.sobhesadegh.ir/1386/0302/M10.HTM)>.

<sup>23</sup> So der frühere Außenminister und heutige außenpolitische Berater des Revolutionsführers, Ali Akbar Velayati, <<http://web.isna.ir/main/NewsView.aspx?ID=News-1013920&Lang=P>>.

<sup>24</sup> Mohammadi, »Principles of Iran's Foreign Policy« [wie Fn. 2], S. 5. Vgl. die zentrale Rolle von »Gerechtigkeit« in der Rede Ahmadinejads vor den Vereinten Nationen am 15. September 2005, <[www.president.ir/eng/ahmadinejad/cronicnews/1384/06/24/index-e.htm#b1](http://www.president.ir/eng/ahmadinejad/cronicnews/1384/06/24/index-e.htm#b1)>.

<sup>25</sup> *Tabyin*, 1 (28.6.1386 [19.9.2007]) 14, S. 20.

wurden – bestätigten die iranische Führung in dem neuen Status des »ohne uns geht nichts«. <sup>26</sup>

Die Frage des Statusgewinns spielt auch im Atomstreit eine entscheidende Rolle. Nachdem der Entspannungskurs der Regierung Khatami dem Land in der Nuklearfrage keine Fortschritte gebracht hatte, bewertet es die heutige politische Führung als Erfolg, bei der Urananreicherung trotz des nun schon dritten Sanktionsbeschlusses des UN-Sicherheitsrates »durchgehalten« zu haben. Sorgfältig registriert man in Teheran, dass international die Zweifel an der Wirksamkeit der Sanktionen wachsen. Die Aufmerksamkeit der Weltgemeinschaft und die Sorgen der Nachbarn gelten dabei als Ansehensgewinn – die eigene Hartnäckigkeit versteht man als revolutionären Widerstand gegen die Machenschaften des Westens. Die Veröffentlichung des amerikanischen *National Intelligence Estimate* (NIE) vom Dezember 2007, dessen Einschätzung des iranischen Atomprogramms einen US-Militärschlag in der internationalen Wahrnehmung zumindest für die nahe Zukunft als unwahrscheinlich erscheinen ließ, trug auch in Iran selbst zur Beruhigung bei und wirkte als Bestätigung des eigenen Kurses. Gleichwohl hält die iranische Führung die Gefahr eines militärischen Angriffs keineswegs für grundsätzlich gebannt. Die intensiv verbreitete Propagandabotschaft, dass man sich gegebenenfalls zu wehren wisse, soll nach außen abschrecken und im Innern das Selbstvertrauen stärken.

Russland und China wirken eher als ausgleichende Kräfte im Atomstreit, obwohl sie den Sanktionen im Sicherheitsrat ebenfalls zugestimmt haben. Generell profitiert Iran von seinen Beziehungen zu diesen Ländern. Beide stehen nicht im Verdacht, einen Regimewechsel anzustreben, und haben im Vergleich zum Westen ein positiveres oder zumindest nüchterneres, stärker an Interessen orientiertes Verhältnis zu Iran. Russland hat vor allem als Rüstungslieferant, China vornehmlich als Handelspartner und Investor eine zentrale Bedeutung für das Land.

Innerhalb der Region sieht sich Iran in seinem Selbstverständnis als Speerspitze des islamischen anti-imperialistischen Widerstands bestätigt. Gleichzeitig hat Teheran seine Beziehungen zu anderen Regierungen verbessern können. Den Erfolg der libanesischen Hizbullah im Krieg gegen Israel im Sommer 2006 quit-

tierte Iran mit offiziellem Triumph. Dass seine engen Beziehungen zu Syrien, seine Unterstützung der palästinensischen Hamas und sein generell gewachsener Einfluss in der Region auf westlicher wie arabischer Seite mit Sorge betrachtet werden, ist für Iran gerade ein Zeichen dafür, auf dem richtigen Weg zu sein.

Konflikte mit den arabischen Anrainern des Persischen Golfs bestehen nach wie vor. Allerdings konnte Teheran durch eine intensive Besuchsdiplomatie dazu beitragen, dass diese Staaten, insbesondere Saudi-Arabien, lieber einem Kurs der Eindämmung Irans bei partieller Einbindung des Landes folgen, als unter dem Schutz der USA eine ausschließlich konfrontative Haltung einzunehmen. Das Verhältnis zu Ägypten hat sich stark verbessert – bis an die Grenze der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen. Die Teilnahme des iranischen Außenministers Manuchehr Mottaki am Gipfeltreffen der Arabischen Liga Ende März 2008 in Damaskus galt als weiterer erfolgreicher Einbruch in das arabische Lager (auch wenn Mottaki zuhause Schelte dafür bezog, dass die Arabische Liga in seiner Gegenwart erneut die Zugehörigkeit der – von Iran beanspruchten – drei kleinen Inseln im Persischen Golf, Abu Musa, Groß und Klein Tunb, zu den Vereinigten Arabischen Emiraten proklamierte).

Die islamisch-antiimperialistische Stoßrichtung hat für Teheran die zusätzliche Funktion, dem Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten entgegenzuwirken. Diese Auseinandersetzung bedroht die regionale Stabilität, die für Iran einen hohen Stellenwert hat, und hemmt die Vergrößerung seines Einflusses. Deshalb wehrt sich das Land dagegen, von außen vornehmlich als nichtarabisch und schiitisch betrachtet und in die Ecke des regionalen Sonderlings gestellt zu werden. Stattdessen wird Khomeinis Lehre von der überkonfessionellen Einheit der muslimischen Gemeinschaft (*umma*) im Kampf gegen die USA und den Westen betont. In der Praxis kann es allerdings zu einem ambivalenten Verhalten kommen, weil Iran gleichzeitig schiitische Gruppen im arabischen Raum für seine Interessen nutzt. Sein Einfluss im Irak und im Libanon beruht zum großen Teil auf den dort lebenden Schiiten sowie schiitischen Gruppierungen, die von Teheran unterstützt werden. Im Verhältnis zu Aserbaidschan hingegen, das eine schiitische Mehrheit von über 60 Prozent hat, ist nicht ersichtlich, dass die konfessionelle Affinität eine politische Bedeutung hat. Haltlos ist jedenfalls eine Betrachtungsweise, die Teheran allein für den sunnitisch-schiitischen Konflikt ver-

<sup>26</sup> »Die USA können dem irakischen Sumpf ohne die Hilfe Irans nicht entkommen«, so Brigadier Agmad Mohammadi-Zadeh, Kanzler einer Universität des Militärs, in: *Iran Daily*, 27.5.2007.

antwortlich macht.<sup>27</sup> Das zeigen auch die Bemühungen Irans und Saudi-Arabiens, die Auseinandersetzungen zwischen den Konfessionen nicht eskalieren zu lassen – die neuntägige Reise Rafsanjanis nach Mekka, die er im Juni 2008 auf Einladung des saudischen Königs unternahm, ist dafür nur das jüngste Beispiel.

**27** Diese einseitige Sichtweise wird auch in Strategie-Empfehlungen für die Nato verbreitet; vgl. Klaus Naumann/ John Shalikashvili u.a., *Towards a Grand Strategy for an Uncertain World. Renewing Transatlantic Partnership*, Lunteren 2007, S. 57f.

## Vision und Mission

### Iran als erste Kraft der Region

»In zwanzig Jahren ist Iran ein entwickeltes Land, das wirtschaftlich, wissenschaftlich und technologisch den ersten Platz in der Region einnimmt, das mit seiner islamischen und revolutionären Identität die islamische Welt inspiriert und international konstruktive und effektive Beziehungen pflegt.«<sup>28</sup>

Dieses Zitat ist der entscheidende Satz der »20-Jahre-Vision für die Islamische Republik«, die Irans Entwicklungsziel für 2025 beschreibt. Die Entstehungsgeschichte der »20-Jahre-Vision« erlaubt es, dieses Dokument als Ausdruck eines Elitenkonsenses anzusehen, unabhängig davon, wie sehr in Iran über die Deutung und vor allem über die politische Umsetzung des Papiers gestritten wird. Ausgearbeitet wurde es während der Präsidentschaft Khatamis; federführend war dabei eine eigens eingerichtete Kommission innerhalb des vom ehemaligen Staatspräsidenten Rafsanjani geführten Schlichtungsrats, die der Sekretär des Schlichtungsrats und frühere Oberkommandeur der Revolutionsgarden (1981–1997), Mohsen Rezai, leitete.<sup>29</sup> Am 4. November 2003 legte die Regierung Khatami die »Vision« dem Revolutionsführer Khamenei vor.<sup>30</sup> Nach Überprüfung durch die Exekutive, die Legislative und die Judikative trat sie dann noch kurz vor dem Ende der Präsidentschaft Khatamis Anfang 2005 auf Geheiß des Revolutionsführers in Kraft. Sie gilt seither als Richtlinie für die drei Gewalten und für die Ausarbeitung der jeweiligen Fünfjahrespläne. Der Regierung Ahmadinejad gegenüber bezeichnete der Revolutionsführer die »20-Jahre-Vision« sogar als

»Pakt« im Sinne eines Nationalpakts, dessen Befolgung er ausdrücklich anmahnte.<sup>31</sup>

Entwicklung ist die zentrale Kategorie der »20-Jahre-Vision«. Laut Rezai galt als Richtschnur bei der Ausarbeitung des Papiers, dass die »Vision« zukunfts-, wert-, realitäts- und gesellschaftsorientiert sei und die Verfassung der Islamischen Republik Iran als entscheidenden Rechtsrahmen habe.<sup>32</sup> Als grundlegende Elemente von Entwicklung werden genannt: a) geographische, historische und kulturelle Bedingungen, b) islamische, revolutionäre, moralische und nationale Werte und c) – als gesellschaftliche Grundlagen – auf »Religion basierende Volksherrschaft« (die seit 2000 übliche Bezeichnung für Demokratie),<sup>33</sup> Würde und Rechte, soziale Gerechtigkeit und die gesetzlich geregelten Freiheiten. In einer Darstellung der Vision wurde diese Auflistung noch durch »Menschen- und zivile Rechte« ergänzt.<sup>34</sup>

Die Ziele, die mit dieser Entwicklungsphilosophie erreicht werden sollen, lassen sich einerseits in dem oben zitierten Kernsatz zusammenfassen – es geht um den ersten Platz in den Regionen Süd- und Westasien. Andererseits ist damit eine Vielzahl von Einzelzielen auf unterschiedlichen Politikfeldern verbunden:

*Wirtschaft:* Iran soll zur führenden Wirtschaftsmacht in Westasien werden, der Staat den Wohlstand der Nation garantieren. Dazu will man die Abhängigkeit von den Erdölexporten sowie die internen Subventionen (direkter und indirekter Art) abbauen. Produktion und Wohlstand des Landes sollen durch technologisch-wissenschaftliche Entwicklung und Nutzung der Humanressourcen gesichert werden. Zu den vorgegebenen Zielen gehören Wissensproduktion, Vollbeschäftigung und ein hohes Einkommensniveau. Auf den internationalen Märkten soll Iran unter ande-

<sup>28</sup> Vgl. die Website des Schlichtungsrats (*majma'e tashkhis-e maslahat-e nizâm*), <<http://maslehat.ir/Contents.aspx?p=67ee04aa-7171-4f72-bdf7-e6f68c3547e5>>.

<sup>29</sup> Ebd.; Mohsen Rezai, *Cheshm-e andâze bist sâle-ye irâni-e eslâmi* [Die 20-Jahre-Vision des islamischen Iran], 4.2.1384 (24.4.2005); <[www.rezaee.ir/?p.76](http://www.rezaee.ir/?p.76)>. Der komplette Text der 20-Jahre-Vision liegt auch als Buch vor, war mir jedoch noch nicht zugänglich.

<sup>30</sup> Vgl. das Faksimile des entsprechenden Schreibens (Faksimile Nr. 1) auf der Website des Schlichtungsrats [wie Fn. 28].

<sup>31</sup> Pakt = *mithâgh*; *Tabyin*, 1 (28.6.1386 [19.9.2007]) 14, S. 10.

<sup>32</sup> Rezai, *Cheshm-e andâz* [wie Fn. 29].

<sup>33</sup> Persisch *mardom sâlâri-ye dini*; der Begriff wurde im Jahr 2000 im Zuge der Auseinandersetzungen mit den Reformern zur offiziellen Bezeichnung der Demokratie in Iran.

<sup>34</sup> Anonym, *Sanad-e cheshm-e andazeh-ye bolandmoddat-e tause'e-ye jomhuri-ye eslâmi-ye irân* [Dokument der langfristigen Entwicklungsperspektive der Islamischen Republik Iran], o.J., <[www.magiran.com/ppdf/1051/p0105101410041.pdf](http://www.magiran.com/ppdf/1051/p0105101410041.pdf)>.

rem auch als Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO) eine aktive und effiziente Rolle spielen.

*Außenpolitik:* Entwicklung und Fortschritt gelten als unabdingbar, um die Unabhängigkeit Irans erhalten zu können. Gleichzeitig soll das Land auf internationaler Ebene effektive und konstruktive Beziehungen unterhalten. Mit der islamischen Welt will man »inspirierend«, »aktiv«, »effizient/einflussreich«, »revolutionär« (sprich: antiimperialistisch) und als vorbildliche »religiöse Demokratie« kooperieren. Vor allem die Kategorien »inspirierend« und »effizient/einflussreich« stehen dafür, dass Iran nicht nur einen wirtschaftlichen, technologischen und wissenschaftlichen Spitzenplatz in der Region anstrebt, sondern auch eine ideologische und politische Vormachtstellung. »Endziel der Vision ist der Wandel [Irans] zur überlegenen Macht der Region unter Wahrung seiner islamisch-revolutionären Identität.«<sup>35</sup>

*Sicherheit:* Um die Unabhängigkeit und die Interessen der Nation, die islamische Revolution und die vitalen Ressourcen des Landes zu schützen, soll Irans Verteidigungsfähigkeit »kreativ« entwickelt werden – einschließlich seiner Abschreckungskapazitäten. Der Zusammenhalt zwischen Volk und Regierung gilt als wichtige Komponente der Sicherheit.

*Gesellschaft:* In diesem Bereich entwirft die »20-Jahre-Vision« die Utopie der idealen islamisch-iranischen und revolutionären Gesellschaft und des islamisch-iranischen revolutionären Menschen. Zu den Merkmalen der entwickelten islamisch-iranischen Gesellschaft gehören Reza'i zufolge Wohlstand, Gesundheit, soziale Sicherheit, stabile Familien in einem positiven sozialen Umfeld, Freiheit von Diskriminierung und Armut, angemessene Einkommensverteilung, Chancengleichheit und Ernährungssicherheit. Als erwünschte Eigenschaften des iranischen Individuums im Jahr 2025 nennt Reza'i: aktiv, gläubig, opferbereit<sup>36</sup>, verantwortungsbewusst, zufrieden, beseelt von Kooperation und sozialer Konstruktivität, diszipliniert, gewissenhaft arbeitend, zuverlässig und stolz.<sup>37</sup>

35 Alireza Akbari, »Tahlili bar mehwar-e rahbordi-ye siyâsat-e khâreji dar sanad-e cheshm-e andâz« [Analyse der zentralen außenpolitischen Strategie im Visionsdokument], in: *Basirat*, 30.5.1386 (21.8.2007); <[www.basirat.it/news.aspx?newsid=12193](http://www.basirat.it/news.aspx?newsid=12193)>.

36 Persisch *ithârgar*. Die »Vereinigung der Opferbereiten der Islamischen Revolution« (*jam'iyat-e ithârgarân-e enghelâb-e eslâmi*) war die »Partei«, die Ahmadinejads Präsidentschaft förderte.

37 Diese Merkmale der entwickelten iranischen Gesellschaft und des idealen iranischen Individuums folgen keiner Rangordnung; sie sind in der Darstellung von Reza'i (Fn. 29) kreisförmig angeordnet. Die hier von Reza'i genannten Eigenschaften

Diese Leitideen können als Konsens der iranischen Elite angesehen werden. Bemerkenswert ist, dass jenseits des allgemeinen Hinweises auf die islamische Identität des Landes im zitierten Kernsatz der »Vision« auf eine spezifisch islamische Ausformulierung der Ziele oder gar die Nennung von explizit islamischen Zielen verzichtet wurde. In ihrem Gesellschafts- und Menschenideal dürfte die »Vision« allerdings eher den Vorstellungen des konservativen Lagers entsprechen als dem, was man im Westen mit den Reformern, zu deren Regierungszeit die »Vision« entstand, zu verbinden pflegt. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen wiederum sind deutlich von den Leitideen des früheren Präsidenten Rafsanjani bestimmt – das zeigen die Betonung einer aktiven Öffnung nach außen und der erkennbare Wunsch, Irans Wirtschaft auf der Basis von Technologie, Wissenschaft und Humankapital zu modernisieren. Rafsanjani war nach dem Krieg mit dem Irak der Architekt des Wiederaufbaus und der vorsichtigen Öffnung Irans, und in seinem Haus, dem Schlichtungsrat, wurde die »Vision« erarbeitet.

Für Revolutionsführer Khamenei haben die technologische Entwicklung und die Überwindung der wissenschaftlichen Rückständigkeit grundsätzlich einen hohen Stellenwert.<sup>38</sup> Dies war übrigens schon der Fall, bevor die Atomfrage in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen rückte und Irans Ideal vom wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt zumindest in der Außenwahrnehmung vornehmlich auf die Erlangung nuklearen Know-hows bezogen wurde. Denn Fortschritt ist nach Khameneis Überzeugung unabdingbar, um die politische Unabhängigkeit bewahren und Autarkie verwirklichen zu können. Seinen Worten zufolge war es die Revolution, die »für die islamische Welt die Epoche der Demütigung und der Rückständigkeit beendete« und den Weg zu Fortschritt und Entwicklung öffnete.<sup>39</sup>

Als Konsenspapier über entwicklungspolitische Zielvorstellungen ist die »20-Jahre-Vision« in Iran zu einem wichtigen Gegenstand innen- und außenpolitischer Debatten geworden. Seinem visionären Zugschnitt gemäß beschreibt das Papier fast ausschließlich das anzustrebende Ideal; wie sich dieses Ziel erreichen lässt, wird kaum ausgeführt. Wirtschaftliche Zielvorgaben in konkreten Zahlen werden von

ten erwähnt auch der in Fn. 29 genannte Text der »20-Jahre-Vision«, die die ideale iranische Gesellschaft noch üppiger ausmalt.

38 *Tabyin*, 1 (13.2.1386 [3.5.2007]) 4 (5), S. 3–10. Vgl. auch Sadjadpour, *Reading Khamenei* [wie Fn. 11], S. 22.

39 *Tabyin*, 1 (28.6.1386 [19.9.2007]) 14, S. 19.

iranischen Kritikern denn auch als wenig realistisch, wenn nicht illusorisch verworfen, und Ahmadinejads Wirtschaftspolitik gilt als konträr zu den Zielen der Vision.<sup>40</sup> Wirtschafts- und Managementexperten haben auf den Ist-Zustand in Ökonomie, Produktion und Gesellschaft hingewiesen und dargelegt, dass im Grunde ein vollständig entgegengesetzter Wirtschafts- und Entwicklungskurs eingeleitet werden müsste, wenn die »Vision« auch nur annähernd eine Chance auf Verwirklichung haben solle.<sup>41</sup>

Der frühere Atomunterhändler Hassan Rowhani kritisierte im Februar 2008 auf einer Konferenz über die »Vision« den nachlässigen Umgang der Regierung mit dem Papier. Darüber hinaus brachte er ein grundsätzliches Problem zur Sprache.<sup>42</sup> Schon bei der Ausarbeitung des Dokuments sei eine wichtige Frage gewesen, ob es sich auf Bewahrung oder auf Wachstum (im Sinne von Entwicklung) konzentrieren solle. Als Beispiel für eine auf Bewahrung gerichtete Haltung nannte Rowhani die Baath-Partei des Irak, als exemplarische wachstumsorientierte Staaten die Industrieländer Südasiens. Einige der Autoren hätten seinerzeit dafür plädiert, die Bewahrung des Systems zum Angelpunkt zu machen und Machtpolitik zur Grundlage der Strategie. Heute, drei Jahre nach Inkrafttreten der »Vision«, sei noch nicht klar, ob die Entwicklung des Landes wirklich von allen als Zielvorgabe akzeptiert worden sei.

Rowhanis Ausführungen waren als deutliche Kritik an jenen gemeint, die den angestrebten »ersten Platz in der Region« primär sicherheitspolitisch interpretieren. Dass er die Baath-Partei Saddam Husseins als Beispiel für eine »bewahrungsorientierte« Politik nannte, spricht Bände. Damit aber beschrieb Rowhani den grundlegenden Konflikt zwischen den politischen Strömungen Irans, wie er in der Deutung der

<sup>40</sup> »20-Year Vision – Opportunities and Challenges«, in: *Iran Daily*, 29.11.2006, <[www.iran-daily.com/1385/2720/html/focus.htm](http://www.iran-daily.com/1385/2720/html/focus.htm)>; beispielhaft für die Kritik der Reformer: Mohammad Hashemi, Bruder des früheren Präsidenten Rafsanjani und Mitglied des Zentralrats der Partei der »Dienstleistenden« (*kârgozarân*), ohne Titel, o.O., o.J. <<http://taentekhabat.blogfa.com/post-29.aspx>>.

<sup>41</sup> Anonym, *Mabâni-ye sanad-e cheshm-e andâz-e keshwâr* [Die Prinzipien der Vision fürs Land], o.D., auf der Website des »International Relations Thinks Tank« (*andishekedeh-ye rawâbet-e bein-ol-mellali*), <[www.irtt.ir/future\\_studies/future\\_studies\\_articles/000254.php](http://www.irtt.ir/future_studies/future_studies_articles/000254.php)>.

<sup>42</sup> Hojjatoleslam Hassan Rowhani, »Ta'âmol-e sâzandeh, mabnâ-ye siyâsat-e khâreji« [Konstruktive Beziehungen, das Prinzip der Außenpolitik], in: *Âftâb*, 8.12.1386 (27.2.2008), <[www.aftabnews.ir/vdcepx8jhz8zf.html](http://www.aftabnews.ir/vdcepx8jhz8zf.html)>.

»20-Jahre-Vision« zum Ausdruck kommt: Es ist der Konflikt zwischen innerer und äußerer Sicherung des Systems auf der einen und Entwicklung der Nation auf der anderen Seite. Beides gilt als entscheidend für die Erhaltung der Unabhängigkeit, in deren Namen die Revolution stattfand. Gestritten wird allerdings darum, welchem Prinzip angesichts der instabilen Verhältnisse in der Region und der militärischen wie kulturellen Bedrohung der Islamischen Republik die Priorität einzuräumen ist. Die Frage in dem Konflikt zwischen entwicklungs- und sicherheitspolitischen Zielvorgaben lautet: An welchen Stellen lauert die Gefahr, im Interesse des Fortschritts an Unabhängigkeit einzubüßen – etwa durch Auslandsinvestitionen –, wo doch der Fortschritt die Unabhängigkeit sichern soll? Diese Frage berührt historische Sensibilitäten. Der von den Qajaren-Schahs ab Ende des 19. Jahrhunderts betriebene »Ausverkauf« des Landes mittels Konzessionen gehört zu den geschichtlichen Traumata, die mit der Erfahrung westlicher Dominanz verbunden sind. Politisch niedergeschlagen haben sie sich bereits im Konzessionsverbot der Verfassung von 1979 und im mühseligen Ringen um ein Investitionsgesetz Ende der neunziger Jahre – nun brechen sie auch im Streit um die Interpretation der »20-Jahre-Vision« wieder auf.

## Die antiimperialistische Mission für globale Gerechtigkeit

Die »20-Jahre-Vision« steht nicht für sich allein. In den Augen des Revolutionsführers Khamenei – und damit auch für die regierenden »Prinzipientreuen« – ist sie in das islamisch-iranische Entwicklungsideal eingebettet, das als Alternative zum westlichen Weg und als Grundlage für die antiimperialistische Mission des Landes verstanden wird. In diesem Sinne äußerte sich Khamenei in einer Rede mit dem Titel »Das islamisch-iranische Muster ist das gewünschte Modell für den Fortschritt und die Entwicklung des Landes«.<sup>43</sup> Die iranischen Modernisierungsanstrengungen zur Zeit der Qajaren (19. Jahrhundert bis 1925) und während der Herrschaft der Pahlevis (1925–1979) seien unter imperialistischem Druck dem Entwicklungsmodell des Westens gefolgt, so Khamenei. Nicht nur in Iran, sondern auf der ganzen Welt sei der Imperialismus im Namen des Fortschritts aufgetreten. Das Gleiche sei beim Neoimperialismus der Fall – die Folgen könne man in Afghanistan und im Irak sehen.

<sup>43</sup> *Tabyin*, 1 (13.2.1386 [3.5.2007]), 4, S. 2–10.

Fortschritt sei notwendig, denn Erneuerung sei ein »Gesetz« der Geschichte und der Natur, führte Khamenei weiter aus; ohne Erneuerung hätte das Leben der Menschheit keine Bedeutung.<sup>44</sup> Die entscheidende Wende zum Fortschritt für Iran habe die Revolution gebracht, die selbst der größte Fortschritt gewesen sei. Seitdem habe man wissenschaftlich, gesellschaftlich, wirtschaftlich sowie innen- und außenpolitisch die größten Erfolge erzielt. Heute stehe das Land in den internationalen Statistiken zum wissenschaftlichen Wachstum an weltweit erster Stelle. Doch auch wenn man in Iran die kompliziertesten Technologien beherrsche, sei das Vorbild für den Fortschritt eben nicht der Westen – der Glaube, es gebe jenseits des westlichen Weges keinen Fortschritt, sei falsch. Entwicklung bedeute nicht, sich dem Westen anzupassen, so Khamenei. Dessen Fortschrittsmodell passe nicht zu Iran. Das islamisch-iranische Modell sei islamisch, weil es auf den theoretischen und philosophischen Prinzipien des Islam und dem islamischen Menschenbild beruhe, und iranisch sei es – während der Islam auch anderen Nationen zur Verfügung stehe –, weil »es diese unsere Nation war, die in der Lage war und ist, dieses Modell zu entwickeln und zu realisieren«. Der Zusammenhang zwischen Islam und Nationalstaat, der nicht nur westlichem Denken vielerlei theoretische Anstrengungen abverlangt, bedeutet für Khamenei kein Problem: Mit der Revolution wurde Iran islamisch, mithin die islamisch-revolutionäre Identität des Landes begründet.

Das Ziel der Islamischen Republik Iran, so erklärte wiederum Fathollah Parshian, ein Autor aus den Reihen der Revolutionsgarden,<sup>45</sup> sei nach der Präambel der Verfassung eigentlich eine »Bewegung hin zu Gott«. Daher seien für die Außenpolitik des Landes folgende Verfassungsgrundsätze bindend: 1. das Bemühen, eine einzige *umma* (muslimische Gemeinschaft) auf der Welt zu schaffen (Grundsatz 11 der Verfassung), 2. die Unterstützung der Entrechteten gegenüber den Unterdrückern (Grundsatz 154), 3. die Bewahrung der nationalen Unabhängigkeit und Sou-

veränität im internationalen Rahmen (Grundsatz 153), 4. die Verteidigung der Rechte der Muslime, 5. das Gebot, zum Islam aufzufordern (*da'wa*), und 6. die Verpflichtung, Unterdrückung weder auszuüben noch zu akzeptieren.<sup>46</sup>

Allein schon dieser Grundsatzkatalog lässt erkennen, dass der selbstgesetzte Missionsauftrag über die islamische Welt hinausgeht. In dem von Ahmadinejad proklamierten Ziel der »Gerechtigkeit unter den Nationen und Staaten«, das bereits in seiner ersten Rede vor den Vereinten Nationen im Herbst 2005 zum Ausdruck kam, wird dieser überislamische Anspruch offensichtlich. Die ganze Welt, so der Revolutionsführer, dürste nach Gerechtigkeit.<sup>47</sup>

Zweifellos gehört Gerechtigkeit zu den zentralen gesellschaftspolitischen Anliegen islamischer Lehre. Doch die gegenwärtige iranische Führung benutzt dieses Ideal in erster Linie dazu, um die unzulängliche Wirtschafts- und Sozialpolitik der Vorgängerregierung unter Khatami anzuprangern und Alternativen zum eigenen wirtschaftspolitischen Kurs, der sich in seiner Sprunghaftigkeit als verheerend erwiesen hat, zu diskreditieren. Mit dem Versprechen von mehr Gerechtigkeit hatte Ahmadinejad bereits die Präsidentschaftswahl gewonnen. Außenpolitisch setzt sich seine Regierung mit dem Slogan »Gerechtigkeit unter den Nationen und Staaten« von der Entspannungspolitik Khatamis ab. Dabei ist das Gerechtigkeitspostulat so idealistisch, dass es zwar unerfüllbar bleibt, sich aber bestens dazu eignet, jede unerwünschte außenpolitische Konstellation unter Berufung auf das Ideal anzuklagen.

Für die Forderung nach Gerechtigkeit ist jedermann empfänglich, sie ist universal anwendbar und bedarf keiner ausführlichen theoretischen Begründung. Was Ahmadinejad im Namen der Gerechtigkeit tut, besteht denn auch kaum in der Darlegung von Konzepten, auf welche Weise mehr Gerechtigkeit zu verwirklichen wäre. In der Praxis wiederum blieb seiner Sozialpolitik der »Gerechtigkeitsanteile« für die ärmere Bevölkerung der gewünschte Erfolg versagt. Ahmadinejad geht es zuallererst um die Wiederbelebung des tiersmondistischen, antikolonialen Grundzugs der Revolution, der in Khomeinis berühmtem Slogan »Weder West noch Ost, sondern Islamische Republik« seinen klassischen Ausdruck fand.<sup>48</sup>

<sup>44</sup> Für Gesetz benutzt Khamenei das Wort »sunna«, wörtlich »Brauch«, da es nach islamischer Lehre keine vom Willen Gottes unabhängig bestehende Gesetzmäßigkeit der Geschichte oder Natur geben kann.

<sup>45</sup> Mitarbeiter der »Analyse der Woche« (*Tahlil-e hafteh*), die von der Abteilung für Studien und Untersuchungen des Büros des Stabs des Beauftragten des *Vali-ye Faqih* (Revolutionführers) bei den *Sepah* (Revolutionsgarden) publiziert wird. Siehe *Tahlil-e hafteh*, 378 (16.6.1387 [6.9.2008]), S. 1 <[www.basirat.ir/pub/attachment/11421.doc](http://www.basirat.ir/pub/attachment/11421.doc)>.

<sup>46</sup> Parshian, »Bâzyâbi« [wie Fn. 7].

<sup>47</sup> *Tabyin*, 1 (28.6.1386 [19.9.2007]) 14, S. 4.

<sup>48</sup> Homeira Moshirzadeh, »Discursive Foundations of Iran's Nuclear Policy«, in: *Security Dialogue*, 38 (2007) 4, S. 521–543 (533ff).

In der Argumentation der iranischen Führung durchdringen sich antiimperialistische und islamische Begrifflichkeit gegenseitig. Wie sich am bekannten Beispiel des Wortes für »Unterdrückte« zeigt – man benutzt den koranischen Ausdruck *mostaz'afin* dafür –, wird hierbei der Geltungsbereich von Konzepten und Begriffen, die der eigenen Religion entstammen, ins Universelle überdehnt. Vergleichbare Argumentationsmuster sind auch aus den westlichen Kulturkreisen bekannt. Im islamischen und islamistischen Denken, wie am Beispiel Irans zu sehen, hat diese Vorgehensweise allerdings oft die Funktion, den Monopolananspruch des Westens auf Moderne und universale Werte zu brechen. In der politischen Sprache kann dann die hehre Überzeugung, dass Iran eine Mission für die ganze Menschheit zu erfüllen habe – weil das Entwicklungsideal des Islam im Unterschied zum westlichen Modell den Menschen in den Mittelpunkt stelle –, mit schärfsten Angriffen auf den »Unterdrücker« und »leibhaftigen Satan« USA einhergehen.<sup>49</sup>

<sup>49</sup> *Tabyin*, 1 (13.2.1386 [3.4.2007]) 4, S. 8f.

## Strategien

»Wenn Iran überleben will, muss es eine Regionalmacht werden.«<sup>50</sup>

Strategien, die im engeren Sinne des Wortes den Weg zu einem klar umrissenen Ziel beschreiben, lassen sich nur in Ausnahmefällen aus den hier untersuchten Texten herauslesen. Diese bieten vielmehr ein ganzes Konglomerat von Zielvorstellungen, das kaum Prioritäten erkennen lässt. Besteht das entscheidende Ziel vielleicht darin, dass die Revolution und die Islamische Republik vor allem bei den USA Anerkennung finden, und handelt es sich dann nur um ein Mittel zum Zweck, dass Iran seine Position als Regionalmacht zu stärken versucht? Teherans Rhetorik jedenfalls weist den verschiedenen Zielen ständig höchste Relevanz zu. Dies wiederum gibt dem Revolutionsführer den nötigen Spielraum, um zu entscheiden, was in der jeweiligen Situation Vorrang haben soll – dabei sind Regimesicherheit und Systemerhalt die entscheidenden Kriterien. So beliebt die Begriffe »Strategie« und »strategisch« in Iran sind, so begrenzt ist auch die Bereitschaft, die eigenen Strategien der Öffentlichkeit bekanntzumachen. Vielmehr sollen die strategischen Diskurse in erster Linie verdeutlichen, dass man die »richtigen« Ziele verfolgt. Im Allgemeinen zieht man es aber vor, über die Strategien anderer, insbesondere der USA, zu diskutieren. Man will schließlich wissen, was der Feind plant.

### Aggressive Diplomatie

In den Kreisen, die der gegenwärtigen Regierung nahestehen, hat sich eine bestimmte Interpretation der Entwicklung iranischer Außenpolitik eingebürgert. Ein Artikel, den Fathollah Parishan im Oktober 2007 auf der von den Revolutionsgarden (*Pasdaran*) betriebenen Website *Basirat* veröffentlichte, fasst diese Interpretation bündig zusammen.<sup>51</sup> Demnach wurde die Außenpolitik nach der Revolution zunächst von

dem (bis 1988 dauernden) Krieg gegen den Irak bestimmt. Daran angeschlossen habe sich die Phase der Regierung des Wiederaufbaus unter Rafsanjani (1989–1997), deren außenpolitischer Kurs durch eine defensive, auf Sicherheit bedachte Diplomatie geprägt worden sei. Obwohl in dieser Zeit Wichtiges für den Aufbau der Institutionen und der Strukturen geleistet worden sei, habe man doch einige der außenpolitischen Grundsätze Irans vernachlässigt. In dieser Phase sei bereits die Politik der Entspannung eingeleitet worden, die dann zum außenpolitischen Markenzeichen der Reformregierung Khatamis (1997–2005) geworden sei. Deren Diplomatie verurteilt Parishan als »defensiv und nachgiebig« angesichts einer »aggressiven Haltung des Westens gegen die islamische Welt und insbesondere die Islamische Republik Iran«. Die damalige Regierung habe »die Ziele und die internationalen Interessen des islamischen Systems [d.h. Irans] Schritt für Schritt aufgegeben«. Dagegen habe die Regierung Ahmadinejads (ab 2005) die »aggressive [*tahâjomi*] Diplomatie« in die Außenpolitik eingeführt.<sup>52</sup>

Damit wird der Hauptvorwurf der »Prinzipientreuen« gegen die Reformer formuliert – diese hätten im Verhältnis zum Westen die Grundsätze der Islamischen Republik und der Revolution wenn nicht verraten, so doch ungenügend berücksichtigt. Allerdings hebt Parishan in seiner Rechtfertigung der »aggressiven Diplomatie« hervor, dass diese keineswegs nur eine Reaktion auf die Politik der Khatami-Ära sei. Vielmehr antworte man damit in erster Linie auf die gesteigerte »Aggressivität« des Westens gegenüber Iran und auf die allgemeinen Veränderungen in der internationalen Politik. Damit dürfte sich der Autor auf die massive amerikanische Militärpräsenz in der Region nach dem Einmarsch in Afghanistan und der Besetzung des Irak beziehen, auf Präsident Bushs Formel von Iran als einem Teil der »Achse des Bösen« und auf die Verschärfung des Atomstreits zur Zeit von Ahmadinejads Amtsantritt im Sommer 2005. Kurz nach

<sup>50</sup> Abbas Maliki, *Briefing on Iran, Afghanistan and Central Asia: Recent Developments*, John Hopkins University, 5.4.2006, <[www.mideasti.org/summary/iran-afghanistan-and-central-asia-recent-developments](http://www.mideasti.org/summary/iran-afghanistan-and-central-asia-recent-developments)>.

<sup>51</sup> Parishan, »Bâzyâbi« [wie Fn. 7].

<sup>52</sup> Mit *tahâjomi* ist hier »aggressiv« in Reaktion auf die »aggressive« Politik des Westens gegenüber Iran gemeint. Das Wort lässt sich auch mit »offensiv« übersetzen – im Kontrast zur »defensiven« Außenpolitik der Ära Khatami. Das Moment der Selbstbehauptung, wie es in »assertive diplomacy« zum Ausdruck kommt, ist allemal mit gemeint.

dessen Wahl hatte Teheran das europäische Anreizpaket, mit dem Iran zur Einstellung der Urananreicherung bewegt werden sollte, brüsk zurückgewiesen, da es keine Sicherheitsgarantien der Amerikaner enthielt. Das Scheitern der Verhandlungsbemühungen der EU und die Drohung eines amerikanischen Militärschlags zeichneten sich daher immer stärker ab. Wenn in dieser Konstellation die neue Diplomatie mit demselben Wort gekennzeichnet wurde, das man auch zur Charakterisierung des amerikanischen Verhaltens gegenüber Iran verwendet (nämlich »aggressiv«), dann ist dies als Ausdruck einer direkten Reziprozität zu verstehen – nach dem Motto »so wir ihr können wir auch«.

Diese Haltung mag man als typisch für Ahmadinejad betrachten, doch der Schwenk zur »aggressiven Diplomatie« ist keineswegs nur an seiner Person festzumachen. Sie beruht vielmehr auf Empfindungen, die in Iran weit verbreitet sind und sich seit langem aufgestaut haben. Manuchehr Mottaki brachte diese Gefühlslage 2005 bei seiner Bestätigung als Außenminister durch das Parlament mit den Worten zum Ausdruck: »In der neuen Epoche wird aggressive Diplomatie unser Arbeitsprinzip sein. Wir wollen nicht immer die Angeklagten sein. Wir werden die Rolle von Ankläger und Angeklagtem austauschen.«<sup>53</sup> Parishan führt in dem erwähnten Artikel auf der *Pasdaran*-Website zu dieser Äußerung Mottakis aus, dass Iran seit der Phase des »kritischen Dialogs« mit den Europäern (1992–1997) bei vier Problemkomplexen – den sogenannten *four areas of concern* – unter dem Druck des Westens stehe, nämlich bei Menschenrechten, Massenvernichtungswaffen, Terrorismus und dem (von Teheran abgelehnten) Nahost-Friedensprozess.

In einem anderen Artikel auf der *Pasdaran*-Website fordert Mehdi Beheshti-Nejad dazu auf, jetzt selbst aktiv zu werden und keine von schamvollen Reaktionen geprägte Außenpolitik mehr zu dulden.<sup>54</sup> Druck und Anklage, so heißt es weiter, müssten mit Gegenruck und Gegenanklage beantwortet werden. Der Westen selbst verletze die Menschenrechte – wie etwa auch der *Spiegel* bestätige –, stelle die meisten Massenvernichtungswaffen her (und habe solche bereits eingesetzt) und fördere den Terrorismus, indem er »Befreiungsbewegungen« bekämpfe und das »zionistische Besatzungsregime« unterstütze, das die »freiheits-

liebenden Bewegungen« in Palästina terrorisiere. Dem und vielem mehr sei Präsident Ahmadinejad offen entgegengetreten, und er habe die »große Lüge des Westens bezüglich des Holocaust« und die Legitimität Israels in Frage gestellt – womit Ahmadinejads Leugnung des Existenzrechts Israels gemeint ist und seine Unterstellung, dass der Holocaust »übertrieben« und zur Rechtfertigung israelischer Politik instrumentalisiert werde. Die Strategie der »aggressiven Diplomatie«, so Beheshti-Nejad weiter, erhalte ihre Tiefe durch die Wiederbelebung der Außenpolitik Khomeinis und seines Prinzips »Weder West noch Ost«; sie bewege sich ganz im Rahmen der »20-Jahre-Vision« und werde vom Revolutionsführer voll unterstützt.

Letzteres hat Khamenei in der Tat mit folgenden Worten deutlich gemacht: »In der Außenpolitik hatte, wie schon der Herr Präsident der Republik dargelegt hat, die Islamische Republik von Anfang an eine aggressive Haltung. Die aggressive Haltung in eine defensive umzuwandeln ist ein Fehler, und dieser Fehler ist passiert! Warum eine aggressive Haltung? Heißt das, dass wir mit der Welt im Krieg sind? Nein, das heißt es nicht. Doch wir haben Forderungen gegenüber der imperialistischen Politik und gegenüber der Welt des Imperialismus. Wir haben Forderungen bezüglich der Zusammenarbeit in der Frauenfrage; wir haben Forderungen an die Welt bezüglich der Anstiftung von Bürgerkriegen und der Verbreitung von Waffen und der Verbreitung von Atomwaffen, chemischen und biologischen Waffen, und wir haben Forderungen an die Welt hinsichtlich der Zerstörung der Moral der Leute und der Verbreitung der Kultur der Unanständigkeit, Verlotterung und geschlechtlichen Wollust. Als lebendige Nation mit Prinzipien fordern wir die usurpatorische Welt auf, damit aufzuhören.«<sup>55</sup>

Nach Auffassung Teherans geht es um die Überwindung der demütigenden Situation, in der sich das Land seit 1979 aufgrund der »Nichtanerkennung der Revolution durch die USA« (so die gängige iranische Formel) sieht. Seither würden Forderungen immer nur von den anderen an die Adresse Irans gerichtet, von einer »Welt des Imperialismus«, an deren Spitze die USA stünden. Im Kern lassen solche Äußerungen die Überzeugung erkennen, dass um die Unabhängig-

<sup>53</sup> Parishan, »Bâzyâbi« [wie Fn. 7].

<sup>54</sup> Mehdi Beheshti-Nejad, »Mawâze'-e daulat-e nohom dar arseh-ye siyâsat-e khâreji« [Die Positionen der neunten Regierung in der Außenpolitik], in: *Basirat*, 20.4.1386 (11.7.2008), <[www.basirat.ir/news.aspx?newsid=10529](http://www.basirat.ir/news.aspx?newsid=10529)>.

<sup>55</sup> Ayatollah Ali Khamenei in einer Erklärung anlässlich eines Treffens mit dem Präsidenten der Republik und Verantwortlichen und Dienstleistenden des Systems, 9.4.1386 (30.6.2007) <[www.leader.ir/langs/FA/index.php?p=bayan&id=3554](http://www.leader.ir/langs/FA/index.php?p=bayan&id=3554)>.

keit, die das zentrale Ziel der Revolution war, ständig gerungen werden müsse.<sup>56</sup>

Neben der »aggressiven Diplomatie« sind in den Augen Khameneis vor allem Selbstvertrauen, Standhaftigkeit und Widerstand zur Erlangung des großen Ziels notwendig.<sup>57</sup> Aus der »inspirierenden« Eigenschaft des islamischen Iran entwickelt er eine »Strategie des Widerstands«, bei der die Vermehrung der eigenen Macht (*ghodrat*) zur Stärkung der Widerstandskraft beiträgt und diese wiederum zur Vermehrung der eigenen Macht.<sup>58</sup> In einer Rede beim jährlichen Treffen mit den iranischen Botschaftern gab Khamenei diesen mit auf den Weg, dass die auf »Unterdrückungsmacht« (*solteh*) beruhende Weltordnung ihrem Wesen nach notwendigerweise in Konflikt mit der islamischen Ordnung stehe und es Kennzeichen der iranischen Diplomatie sei, der unterdrückenden Weltordnung entgegenzuwirken. Voraussetzung dafür sei Selbstvertrauen, dieses wiederum beruhe auf Vertrauen in den Islam und die Revolution.<sup>59</sup>

Die Notwendigkeit des Selbstvertrauens pflegt Khamenei auch bei seinen (recht häufigen) Ansprachen vor Jugendlichen zu betonen, was angesichts der sozio-ökonomischen Lage der jungen Generation in Iran nachvollziehbar ist. Entsprechend äußerte sich der Revolutionsführer etwa Anfang 2007 in der Stadt Yazd – diese Rede erregte international einige Aufmerksamkeit wegen der Aussage: »Wenn es für die Nation nützlich ist, werde ich der Erste sein, der die Beziehungen zu den USA vorantreibt.«<sup>60</sup> Der Satz war allerdings eingebettet in einen Diskurs über Selbstvertrauen und eigene Würde, wobei Khamenei in diesem Fall interessanterweise vom »nationalen Selbstvertrauen« sprach. Insgesamt war die Rede eine weitere Variation des Anerkennungsdiskurses. Dessen Tenor

56 Moshirzadeh charakterisiert den Unabhängigkeitsdiskurs sogar als »hyper-independency«; Moshirzadeh, »Discursive Foundations« [wie Fn. 48], S. 530.

57 Für Standhaftigkeit und Widerstand als Haltung wird oft *istâdegi* benutzt, für aktiven und auch bewaffneten Widerstand *moghâwamat*. Zum Widerstandsdiskurs vgl. Moshirzadeh, »Discursive Foundations« [wie Fn. 48], S. 535–538.

58 *Tabyin*, 1 (22.8.1386 [13.11.2007]) 11, S. 15. Die Unterscheidung zwischen *ghodrat* (Stärke) als eigener und damit positiver Macht und *solteh* (»herrschaftliche« Macht) als Macht der Unterdrückung ist bei Khamenei durchgängig.

59 *Tabyin*, 1 (28.6.1386 [19.9.2007]) 8, S. 17–22.

60 »Khamenei: »Râbeteh bâ âmrika dar hâl-e hâzer barâye irân naf'i nadarad [Beziehungen zu den USA sind gegenwärtig für die iranische Nation nicht nützlich]«, in: *Farsnews*, 14.10.1386 (4.1.2008), <[www.farsnews.net/newstext.php?nn=8610140049](http://www.farsnews.net/newstext.php?nn=8610140049)>.

lautet, dass die Anerkennung der Revolution und der Islamischen Republik die Voraussetzung sei, um eine Normalisierung des Verhältnisses zu Washington überhaupt in Betracht ziehen zu können. Bemerkenswert war jedoch, dass Khamenei die Frage der Beziehungen zu den USA ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Nützlichkeit behandelte.

### »Beziehungen regionaler Überlegenheit«

Als ein Merkmal der iranischen Außenpolitik kann gelten, dass das Land nicht nur versucht, seine Beziehungen in der Region und darüber hinaus auf allen Ebenen – Diplomatie, Handel, Kultur – auszubauen, sondern ebenso bemüht ist, mit allen erreichbaren politischen Akteuren, einschließlich paramilitärischen Gruppen, Kontakte zu pflegen. Mit diesem Verhalten zielt Teheran darauf ab, Einfluss zu gewinnen und stets darüber informiert zu sein, welche Entwicklungschancen oder Gefahren sich in der Nachbarschaft ergeben.

Diese Vorgehensweise und die Tatsache, dass sich das regionale Umfeld für Iran vor allem als ein Hort der Unwägbarkeiten und Risiken darstellt, finden in den eher theoretisch ausgerichteten Schriften zur iranischen Außenpolitik allerdings kaum Erwähnung. Die Wahrung der territorialen Integrität des Nationalstaats und die Aufrechterhaltung des politischen Systems der Islamischen Republik gelten vielmehr als selbstverständliche Voraussetzung für die Verwirklichung iranischer Ziele. Teherans elementares Interesse an regionaler Stabilität ist kaum Gegenstand theoretischer Darlegungen zu strategischen Fragen, auch wenn es in politischen Erklärungen zur Lage der Nachbarschaft häufig erkennbar wird. Dadurch entsteht der Eindruck, als sei für Iran nur der »Feind«, nämlich die USA und Israel sowie (vor allem im ideologisch-kulturellen Bereich) der Westen allgemein, ein würdiger Gegenstand außenpolitischer Strategie, die Nachbarschaft hingegen etwas, womit man sich arrangieren müsse. Zur Frage nach dem Verhältnis zwischen Stabilitätsinteresse und angestrebter Einflussnahme lässt sich aus den zugänglichen Texten lediglich die generelle Feststellung herauslesen, dass die Sicherheit des Systems den Vorrang vor »Abenteurertum« (ein Lieblingswort Rafsanjanis) habe. Welche Risiken Iran in konkreten Situationen einzugehen

bereit ist, um seine Ambitionen zu verfolgen, dürfte sich nur anhand von Fallstudien erörtern lassen.<sup>61</sup>

Die Unterscheidung zwischen Feinden, denen man sich entgegenstellen, und Nachbarn, mit denen man sich arrangieren muss, kommt etwa darin zum Ausdruck, dass iranische Politiker und Medien mitunter zwar ein bestimmtes Verhalten der Nachbarn vehement kritisieren, gleichzeitig jedoch bemüht sind, dies nicht als Ausdruck einer grundsätzlichen Gegnerschaft erscheinen zu lassen. Selbst bei eindeutig feindseligen Beziehungen – wie im Falle Afghanistans unter den Taliban oder des Irak unter Saddam Hussein – wurde die Gegnerschaft ausdrücklich auf das Regime bezogen. Dies gilt auch für Saudi-Arabien. Das saudische Königshaus war von Khomeini einst als Vertreter des »amerikanischen Islam« geißelt worden, nicht zuletzt deshalb, weil es im Iran-Irak-Krieg Saddam Hussein unterstützte. Diese Haltung gegenüber Saudi-Arabien wich nach Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen 1992 einer mildereren Beurteilung.

Grundsätzlich, so fordert es die »20-Jahre-Vision«, soll Iran »mit der Welt konstruktive und einflussreiche Beziehungen haben auf der Basis der Prinzipien der Würde, der Weisheit und des Nutzens/Interesses«. <sup>62</sup> Was unter »konstruktiv« zu verstehen ist, wird allerdings nicht erklärt, wie auch ein Artikel der Wochenzeitung der Revolutionsgarden, *Sobh-e Sadegh*, kritisch anmerkte.<sup>63</sup>

Alireza Akbari, ehemaliger Berater für strategische Fragen im Verteidigungsministerium und gegenwärtig Direktor des Instituts für strategische Studien *Tasmim* (Entschluss),<sup>64</sup> das den Revolutionsgarden nahestehen dürfte, hat im August 2007 einen interessanten Aufsatz veröffentlicht. Darin versucht er, aus der »20-Jahre-Vision« eine Strategie für Irans Außenpolitik insbesondere mit Blick auf die Region zu entwickeln.<sup>65</sup> Das außenpolitische Endziel der »Vision«

bestehe darin, so Akbari, Iran zur »überlegenen«<sup>66</sup> Macht in der Region werden zu lassen und dabei seine islamisch-revolutionäre Identität zu erhalten. Notwendig sei daher eine Außenpolitik, die sich an folgenden Punkten orientiere: 1. Bewahrung des Systems und der eigenen Existenz, 2. Wachstum und Entwicklung nach allen Seiten und auf allen Ebenen und 3. Ausweitung des Einflusses in der Region und Verbesserung der eigenen strategischen Position. Dabei solle Iran, wie Akbari betont, nicht nur einen irgendwie gearteten, sondern bestimmenden Einfluss haben. Das Land müsse seine überlegene/hegemoniale Position hinsichtlich der geopolitischen, geostrategischen und ökonomischen Verhältnisse sichern, um wirtschaftlich, wissenschaftlich und technologisch den angestrebten ersten Platz erreichen zu können. Zu diesem Zweck sollten mit Pakistan, der Türkei, Saudi-Arabien und Ägypten, die wie Iran in ihrem regionalen Umfeld eine gewisse »überlegene« Position hätten, »Beziehungen regionaler Überlegenheit«<sup>67</sup> gepflegt werden – es geht Akbari also um ein Beziehungsgeflecht der regionalen »Oberliga«. Allerdings würden sich die vier bevorzugten Staaten von Iran grundsätzlich in dem Punkt unterscheiden, dass sie sicherheitspolitisch von regionsfremden Mächten abhängig seien, so Akbari weiter. Sie wären zwar in der Lage, Iran mit Unterstützung der außerregionalen Großmächte zu isolieren, doch in diesem Fall könnte Teheran wiederum die gesamte Region in eine Sackgasse bringen.

Dass sich Akbari darauf beschränkt, diese vier Staaten als potentielle strategische Partner für die privilegierten regionalen Beziehungen zu nennen, bedeutet keineswegs, dass die anderen Länder der Region für Iran unwichtig wären. Im Gegenteil – Teheran registriert sorgfältig, was auch bei den Kleinsten der Nachbarn vor sich geht, und versucht sie zu beeinflussen. Afghanistan und der Irak liefern Iran gewiss Anlass zu vielfältiger Besorgnis und bilden zugleich ein Terrain für mögliche Auseinandersetzungen – oder im günstigsten Fall auch Arrangements – mit den USA. Doch sie sind eben nicht aus sich heraus potentielle strategische Partner wie Pakistan oder Saudi-Arabien. Auffällig ist, dass Syrien in dem Aufsatz nicht einmal er-

<sup>61</sup> Vgl. Shahram Chubin, *Iran's »Risk-Taking« in Perspective*, Paris/Brüssel: Institut Français des Relations Internationales (ifri), 2008 (Proliferation Papers).

<sup>62</sup> Weisheit (*hekmāt*) ist hier weniger philosophisch zu verstehen als vielmehr im Sinne von »Lebensweisheit«, guter Kenntnis der Verhältnisse und auch Berücksichtigung dieser Verhältnisse. Für Nutzen/Interesse steht der im islamischen Denken zentrale Begriff *maslahat*, das Wohl der Gemeinschaft.

<sup>63</sup> Koleini, »Konstruktive regionale Beziehungen« [wie Fn. 22].

<sup>64</sup> Interview mit Alireza Akbari, in: *Farsnews*, 14.12.1386 (4.3.2008), <[www.farsnews.com/newstext.php?nn=8612130566](http://www.farsnews.com/newstext.php?nn=8612130566)>.

<sup>65</sup> Akbari, »Tahlili« [wie Fn. 35].

<sup>66</sup> Das hier benutzte persische Wort *bartar* bedeutet sowohl »höher« im Sinne von »oben auf« als auch »bevorzugt«. Das für »hegemonial« und »Hegemon« im Persischen durchaus übliche *hejemonik* wird wegen seiner negativen Konnotation nicht benutzt.

<sup>67</sup> Persisch: *ta'āmol-e bartari-ye manteqi*. Hier ist *bartar/bartari* wohl in dem doppelten Sinne von »überlegen« und »bevorzugt« zu verstehen (vgl. Fn. 66).

wähnt wird. Immerhin bestehen zu Damaskus ja »strategische« Beziehungen, und Syrien verfügt mit Blick auf den Libanon durchaus über Kapazitäten, die der von Akbari benutzten Kategorie »überlegen« entsprechen.

Für die Entwicklung der privilegierten Beziehungen sieht das von Akbari entworfene Konzept drei Phasen vor: 1. den Übergang von »negativen« zu »positiven« Sicherheitsbeziehungen, d.h. von einem vornehmlich auf Abwehr ausgerichteten Verhältnis zu sicherheitspolitischer Kooperation, 2. die Errichtung von kooperativen Institutionen und Strukturen in den Bereichen Sicherheit und Wirtschaft, 3. die Vervollständigung des Beziehungsgeflechts und seiner Strukturen durch den Ausbau kultureller und gesellschaftlicher Kontakte, die wiederum der Festigung des sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Beziehungssystems dienen.

Das entscheidende Hindernis für die Entwicklung dieser Beziehungen, so Akbari, bildeten die USA und Israel. Deshalb bedürfe der Konflikt zwischen Teheran und Washington der Kontrolle und des Managements, weil sich sonst einflussreiche, feste und konstruktive Beziehungen weder mit den Ländern der Region noch mit denen der restlichen Welt pflegen ließen.

Diese Aussage, die sich in ihrer Nüchternheit von der oft lautstark erhobenen Forderung nach einem Abzug der USA aus der Region unterscheidet, beschreibt als strategisches Anliegen, worum sich die iranische Außenpolitik seit langem mit unterschiedlicher Intensität und unterschiedlichem Erfolg bemüht: trotz oder gerade wegen der Dominanz und der massiven Militärpräsenz der USA in der Region die Beziehungen zu den Nachbarn zu stärken. Diese Strategie wurde gegenüber den arabischen Anrainern des Persischen Golfs intensiviert, seit sich der Atomstreit zugespitzt hat und die Gefahr eines amerikanischen Militärschlags wächst. Schließlich muss Teheran befürchten, dass die »gemäßigten« arabischen Staaten sich für eine auch kriegerisch gegen Iran vorgehende Allianz gewinnen lassen könnten.

Ein wichtiger Bestandteil der iranischen Einflussbemühungen ist die »inspirierende« Rolle des Landes, wie es in der »Vision« und seit ihrer Veröffentlichung auch sonst heißt. Gemeint ist damit die ideologische Beeinflussung der Region. Iran genießt den Ruf, seine »soft power« politisch geschickt zu nutzen, und der Revolutionsführer vermerkte nicht ohne Stolz, dass der Westen ihre Auswirkungen und (die der irani-

schen Medien) zu unterbinden suche.<sup>68</sup> Zu den inhaltlichen Elementen der iranischen »soft power« gehört die Vision einer von amerikanischer Dominanz befreiten Region. Ebenso wichtig ist die Überzeugung, dass Teheran die gleichen Interessen und Feinde habe wie die muslimische Gemeinschaft insgesamt und Iran seit der Revolution der Katalysator für das »islamische Erwachen« sei.<sup>69</sup> Überdies macht sich Iran für die Durchführung von Wahlen stark. Sie sind insofern ein wichtiges potentielles Instrument zur Verbreitung pro-iranischer Tendenzen in den mehrheitlich autoritär regierten Nachbarstaaten, als die Unzufriedenheit in der dortigen Bevölkerung oft von islamistischen Gruppierungen aufgegriffen wird. Beispiele dafür sind die Hamas in den Palästinensergebieten, die Muslimbrüder in Ägypten und die Hizbullah im Libanon, die allesamt Wahlerfolge für sich verbuchen konnten.

Es lassen sich zwar durchaus Phasen beobachten, in denen aus akutem Anlass bestimmte Nachbarschaftsbeziehungen besonders intensiv gepflegt werden. Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass Iran seit dem Ende des Krieges mit dem Irak 1988 und der geopolitischen Neuordnung der Region nach dem Zerfall der Sowjetunion nach allen Seiten hin (und keineswegs nur zu den erwähnten vier strategisch wichtigen Ländern) und auf allen Ebenen Beziehungen gepflegt hat. Regionale Konfliktbeilegung ist ein wesentliches Anliegen Teherans; es entspringt dem elementaren Interesse an Stabilität in der Region sowie dem Bedürfnis, als bedeutender regionaler Akteur akzeptiert zu werden und Einfluss ausüben zu können. Eine wichtige Rolle beim Bemühen um Vermittlung spielte Iran beispielsweise während des Karabach-Konflikts zwischen Armenien und Aserbaidschan und beim Bürgerkrieg in Tadschikistan. Auf internationaler Ebene wurde das Vorgehen Teherans insgesamt positiv bewertet. Dies gilt auch für Irans Beteiligung an den 6+2-Gesprächen über Afghanistan<sup>70</sup> und an der Bonner Konferenz von 2001 zur Neuordnung des Landes nach Vertreibung der Taliban. Im Rahmen internationaler Konfliktbearbeitung nimmt Iran außerdem an den Konferenzen der Nachbarstaaten des Irak teil. Die Waffenstillstandserklärung Muqtada as-Sadrs zur Beendigung

<sup>68</sup> *Tabyin*, 1 (20.8.1386 [11.11.2007]) 20, S. 10–21, und 1 (28.6.1386 [19.9.2007]) 14, S. 12; generell vgl. Robert Lowe/Claire Spencer (Hg.), *Iran, Its Neighbours and the Regional Crisis*, London: Chatham House, 2006, S. 8.

<sup>69</sup> Sadjadpour, *Reading Khamenei* [wie Fn. 11], S. 21f.

<sup>70</sup> Mit Afghanistans sechs Nachbarstaaten China, Iran, Pakistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan sowie Russland und den USA als einflussreichen externen Mächten.

der innerschiitischen Auseinandersetzungen im süd-irakischen Basra wurde Ende März 2008 in der iranischen Stadt Qom ausgehandelt – was Iran, sollte es opportun erscheinen, seiner erfolgreichen Vermittlungstätigkeit zuschreiben könnte.<sup>71</sup>

Zusätzlich zu diesen Aktivitäten hat Iran mehrfach Vorschläge zur sicherheitspolitischen Kooperation mit den Nachbarn eingebracht. Der interessanteste von ihnen ist der 10-Punkte-Plan zur Sicherheit am Persischen Golf, den Hassan Rowhani auf dem Weltwirtschaftsforum in Doha Anfang April 2007 vorstellte.<sup>72</sup> Der Vorschlag fand zwar keine ernsthafte Würdigung bei den arabischen Golfanrainern, weil er langfristig auch den Abzug regionsfremder Truppen vorsieht. Gleichwohl war er ernst gemeint; er dürfte die Unterstützung des Revolutionsführers gehabt haben, der kurz zuvor anlässlich des iranischen Neujahrs 1386 in Mashhad gesagt hatte: »Wir strecken unseren Nachbarn am Persischen Golf die Hand der Freundschaft entgegen, und wir sind überzeugt, dass die Länder der Persischen-Golf-Region einen gemeinsamen Verteidigungspakt haben und kooperieren sollten.«<sup>73</sup> Welche Erfolgchancen sich Iran für solche Initiativen ausrechnet, lässt sich nicht sagen. Doch sie sind ein fester Bestandteil der iranischen Strategie, sich als verantwortungsbewusster Partner in der Region zu präsentieren.

## Ideologie, Pragmatismus und das Verhältnis zu den USA

Wenn von Vision, Mission und einer »aggressiven Diplomatie« die Rede ist, stellt sich die Frage, wo in den außenpolitischen Diskursen Irans das pragmatische Element bleibt. Denn dass die iranische Außenpolitik trotz aller Ideologielastigkeit sehr wohl auch pragmatisch oder sogar opportunistisch agiert, ist oft festgestellt worden.<sup>74</sup> Der amerikanische *National*

*Intelligence Estimate* vom November 2007 etwa unterstreicht die Rolle des Kosten/Nutzen-Kalküls in der iranischen Entscheidungsfindung.<sup>75</sup>

Nun ist eine Pragmatismuskonversation wenig ergiebig, solange sie das Selbstverständnis und die Interessen des jeweiligen Akteurs nicht in Rechnung stellt. In den gängigen Diskursen über Iran ist eine ähnliche Verwendung des Begriffspaars ideologisch/pragmatisch zu beobachten wie in den Diskursen über die Sowjetunion zur Zeit des Kalten Krieges. »Ideologisch« bedeutet dann oftmals nicht mehr als antiwestlich, und »pragmatisch«, häufig gekoppelt mit »vernünftig« und »rational«, kaum etwas anderes als verträglich mit westlichen Vorstellungen und Interessen. Auch der während des Kalten Krieges oft erhobene Vorwurf ideologischer Inkonsequenz im praktischen Verhalten – es hieß dann, die Sowjetunion folge nicht wirklich den Lehren des Marxismus-Leninismus – findet sich in Darstellungen zur iranischen Außenpolitik. Beliebt ist der Hinweis, dass die von Teheran proklamierte »islamische Solidarität« nicht selten nationalstaatlichen und sicherheitspolitischen Interessen geopfert werde.<sup>76</sup> Als Beispiel dafür dient etwa die Tatsache, dass Iran den Schiiten im Irak während ihres Aufstands gegen Saddam Hussein nach dem Golfkrieg 1991 nicht zu Hilfe kam, ebenso wenig den Tschetschenen 1995/96 bei ihrem Kampf gegen die russische Armee (im zweiten Fall sollten die Beziehungen zu Moskau nicht gefährdet werden). Allerdings unterstellt die Behauptung, es gebe einen Widerspruch zwischen der Wahrung nationaler Interessen und dem islamistischen Anspruch, dass Islamismus grundsätzlich mit Nationalismus im Widerstreit liege. Aus iranischer Sicht sind solche Vorwürfe gegenstandslos. Denn für Khomeini ist, wie erwähnt, der iranische Nationalstaat mit der Revolution zum islamischen geworden, und die von ihm immer wieder betonte Vorbildrolle des islamisch-revolutionären Iran darf durch die Praktizierung »islamischer Solidarität« nicht gefährdet werden.

Zum Verhältnis zwischen Religion und Politik hatte Khomeini der Islamischen Republik eine grundsätzliche Regelung hinterlassen, die festlegt, wie Religion

71 Sholnn Freeman/Sudarsan Raghavan, »Sadr Tells His Militia to Cease Hostilities«, in: *Washington Post*, 31.3.2008, S. A01.

72 Text in englischer Übersetzung: *Mehrnews*, 10.4.2007, <[www.mehrnews.com/en/NewsDetail.aspx?NewsID=468577](http://www.mehrnews.com/en/NewsDetail.aspx?NewsID=468577)>.

73 Ayatollah Khomeini, Rede vor Besuchern des Imam-Reza-Heiligtums in Mashhad am 1.1.1386 (21.3.2008) (auf Persisch), <[www.leader.ir/langs/fa/index.php?p=bayanat&id=3025](http://www.leader.ir/langs/fa/index.php?p=bayanat&id=3025)>.

74 Hamid Ahmadi, »The Dilemma of National Interest in the Islamic Republic of Iran«, in: Homa Katouzian/Hossein Shahidi (Hg.), *Iran in the 21st Century. Politics, Economics & Conflict*, Abingdon/New York 2008, S. 28–40; S. Lubna Abid Ali, »Ideology and Pragmatism in South-West Asia: A Case Study of

Iran«, in: *Quarterly Journal of the Institute of Regional Studies* (Islamabad), 25 (Herbst 2007) 4, <[www.irs.org.pk/PublRegionalStudies.htm#II](http://www.irs.org.pk/PublRegionalStudies.htm#II)>.

75 National Intelligence Estimate, *Iran: Nuclear Intentions and Capabilities*, Washington, D.C., November 2007, S. 7.

76 Brenda Shaffer, »The Islamic Republic of Iran: Is It Reality?«, in: dies. (Hg.), *The Limits of Culture. Islam and Foreign Policy*, Cambridge, Mass./London 2006, S. 218–239.

unter veränderten Bedingungen zu praktizieren sei. Diese Regelung ist auch für die Pragmatismusfrage relevant. Es handelt sich um die 1988, ein Jahr vor seinem Tod, in der Sprache der Scharia formulierte Doktrin, dass zum Wohle des Systems auch primäre Bestimmungen des Korans zeitweilig außer Kraft gesetzt werden könnten.<sup>77</sup> Auf dieser Doktrin beruht der noch von Khomeini eingesetzte Schlichtungsrat, der seit 1997 von Rafsanjani geleitet wird und in Streitfällen zwischen dem Parlament und dem Wächterrat gemäß den Interessen des Systems zu schlichten hat. Rafsanjani bekannte sich klar zu der Möglichkeit, auf der Basis des Islam nach Zweckdienlichkeit zu handeln: »Wir haben in der Vergangenheit Gelegenheiten verstreichen lassen. Wir haben unangemessene Maßnahmen oder gar keine Maßnahmen getroffen. Wir haben Entscheidungen verzögert. Unsere Ideologie ist flexibel. Wir können Zweckmäßigkeit auf der Basis des Islam wählen.«<sup>78</sup>

Hinter Khomeinis Doktrin steht die theologische Auffassung, dass bei der Frage, was in konkreten Situationen dem Islam gemäß ist, der Imam (der für die Schiiten seit dem 10. Jahrhundert im Verborgenen lebt) die letzte Instanz sei – beziehungsweise sein Vertreter.<sup>79</sup> Als dieser aber gilt nach herrschender iranischer Auffassung der Inhaber des Amtes der »Treuhanderschaft des Rechtsgelehrten« (*velāyat-e faqih*), und das ist Revolutionsführer Khamenei. Er hat zu entscheiden, was vom Islam in konkreten Fällen gilt.

Khomeinis Konstruktion ist gerade nicht fundamentalistisch, sondern im besten Sinne des Wortes theologisch. Sie nutzt die transzendierende Kraft der Religion, um diese prinzipiell freizuhalten von geschichtlichen Verkrustungen und Traditionsballast – unabhängig davon, was der Gesellschaft ansonsten, je nach herrschendem Geschmack, an fundamentalistischen Interpretationen verordnet wird. Auf diese Weise werden theologisch die Tore für das offengehalten, was man Pragmatismus nennen könnte. Interpretiert als Mittel zur »Wahrung der nationalen Interessen«, spielt Khomeinis Doktrin eine zentrale Rolle in

den politischen Debatten Irans, in denen das nationale Interesse zu einem wichtigen Referenzpunkt geworden ist.

Innerhalb der Diskussion um Ideologie und Pragmatismus bedeutet Khomeinis theologische Konstruktion größtmögliche Entscheidungsfreiheit bei der Frage, wie gemäß dem Prinzipiellen zu handeln sei. Prinzipien dienen dabei als inhaltlich offene, im Einzelnen je zu bestimmende Referenzrahmen. Charakteristischerweise lautet die Selbstbezeichnung von Ahmadinejads Anhängern »Prinzipientreue«, ohne dass jemals klar festgestellt worden wäre, welche Prinzipien dabei gemeint sind.<sup>80</sup> Dieser Umgang mit dem Prinzipiellen kann als Merkmal des Politikverständnisses und der politischen Praxis Irans gelten. Die Betonung des Prinzipiellen in öffentlichen politischen Reden und Erklärungen ist zuallererst darauf gerichtet, dem System der Islamischen Republik Loyalität und Reverenz zu erweisen. Nur unter dieser Voraussetzung können konkrete Angaben über politische Absichten gemacht und Signale gesendet werden. Dieses Verhaltensmuster ist gerade in der iranischen Politik gegenüber den USA offensichtlich. Die religiöse und prinzipielle Bewertung amerikanischer Politik als imperialistisch und das nationale Interesse an Beziehungen zu Washington verquicken sich in der Formel: Wenn die USA sich nicht imperialistisch verhalten und die Islamische Republik anerkennen, dann steht der Normalisierung der Beziehungen prinzipiell nichts im Wege.

In seiner bereits erwähnten Rede vor Jugendlichen in Yazd hatte Khamenei das Verhältnis zu den USA nicht nur vom Kriterium der Nützlichkeit abhängig gemacht. Er führte ebenso aus, dass der Abbruch der Beziehungen zwar grundlegend für die iranische Politik gewesen sei, man aber niemals davon gesprochen habe, »dass die Beziehungen auf ewig abgebrochen sein werden«.<sup>81</sup> In der Tat hat die iranische Führung immer wieder betont, dass sie nicht dem amerikanischen Volk feindselig gegenüberstehe, sondern nur der amerikanischen Politik. Eine Änderung der US-Politik ist für Teheran die Voraussetzung für eine Normalisierung der Beziehungen, nicht ein Systemwechsel in den Vereinigten Staaten. Diese Haltung unterscheidet sich grundsätzlich von der tendenziell essentialistischen Forderung der USA nach einem

<sup>77</sup> Johannes Reissner, »Der Imam und die Verfassung. Zur politischen und staatsrechtlichen Bedeutung der Direktive Imam Khomeinis vom 7. Januar 1988«, in: *Orient*, 29 (Juni 1988) 2, S. 213–236; Mehdi Khalaji, *Apocalyptic Politics. On the Rationality of Iranian Policy*, Washington, D.C.: The Washington Institute for Near East Policy, S. 28f.

<sup>78</sup> Zitiert in: Ray Takeyh, »Iranian Options«, in: *The National Interest*, 1.9.2004, <[www.nationalinterest.org/Article.aspx?id=12246](http://www.nationalinterest.org/Article.aspx?id=12246)>.

<sup>79</sup> Khalaji, *Apocalyptic Politics* [wie Fn. 77].

<sup>80</sup> Heute wird *osulgarayân* gängigerweise mit »Prinzipientreue« übersetzt. Dadurch soll der ursprünglich »Fundamentalisten« bezeichnende Begriff eine positive Wendung erhalten.

<sup>81</sup> »Khamenei: »Beziehungen zu den USA« [wie Fn. 60].

Regimewechsel in Iran. Zwar ist der Regimewechsel nicht mehr das Leitmotiv der amerikanischen Iran-Politik; sie ist wieder stärker auf einen Verhaltenswandel in Teheran ausgerichtet. Doch das Ziel des Regimewechsels wurde offiziell nie aufgegeben, und in den Debatten über einen möglichen Militärschlag gegen Irans Atomanlagen spielt jenes Denkmuster eine wichtige Rolle, das sich am »Wesen« des iranischen Regimes orientiert und unterstellt, dass dieses grundsätzlich keiner »vernünftigen« Argumentation zugänglich sei.<sup>82</sup> Zwar kann auch die Verurteilung des »US-Imperialismus« in der iranischen Rhetorik essentialistische Züge annehmen, indem sie diesen als wesentliche Eigenschaft amerikanischer Politik darstellt. Schließlich sind die »vollständige Beseitigung des Imperialismus und die Verhinderung auswärtigen Einflusses« in der Verfassung (Artikel 3) festgeschriebene Staatsziele. Für die iranische Wahrnehmung der US-Politik aber – und damit für das gegenwärtige Verhältnis zwischen beiden Staaten – bleibt die amerikanische Drohung eines Regimewechsels zentral, unabhängig davon, wie stark sich Washington heute noch davon leiten lässt. Sei es, dass Teheran den Regimewechsel als Motiv amerikanischer Politik tatsächlich fürchtet; sei es, dass man dieses Element propagandistisch nutzt, um die schändlichen Absichten des Feindes anprangern zu können.

Welche grundsätzlichen Veränderungen Teheran von der amerikanischen Politik fordert, hat Khamenei einmal wie folgt aufgelistet: »1. Änderung der imperialistischen Politik Amerikas, 2. Beendigung der feindlichen Haltung gegenüber Iran, 3. Freigabe der blockierten iranischen Guthaben, 4. Aufhebung jeglicher Art von Druck und Sanktionen gegenüber Iran, 5. Abzug der Truppen aus der Region, 6. Akzeptanz der regionalen Verhältnisse und gerechtes Verhalten gegenüber den Entwicklungen in Palästina und im Libanon, 7. Beendigung der allseitigen Unterstützung des zionistischen Regimes, 8. Etablierung ehrenhafter und gleichberechtigter Beziehungen mit Iran, 9. keinerlei Einmischung in die inneren Angelegenheiten Irans.«<sup>83</sup>

Dieser Forderungskatalog ist natürlich viel zu umfassend und pauschal, als dass er Gegenstand politischer Verhandlungen werden könnte. Doch dazu war er auch gar nicht gedacht. Er war vielmehr Teil einer

Rede, die Khamenei im Vorfeld der Ende Mai 2007 in Bagdad geführten direkten Verhandlungen mit den USA über den Irak hielt – die Ausführungen sollten dazu dienen, den Widerstand im eigenen Lager gegen diese Gespräche zu brechen. Zu diesem Zweck musste Khamenei die zentrale Forderung nach Anerkennung Irans und die Grundvorstellungen Teherans über eine Zukunft der Region ohne amerikanische Militärpräsenz in den Vordergrund stellen. Dies geschah ganz im Sinne von Khameneis Vorgabe, dass »aggressive Diplomatie« bedeute, selbst Forderungen an die Welt zu stellen.

Ob und inwieweit die iranische Führung in der Lage ist, ihre Grundsatzpositionen in politische Anliegen zu überführen, die Gegenstand von Verhandlungen werden könnten, lässt Khameneis Forderungskatalog an die USA nicht erkennen. Beachten sollte man in diesem Zusammenhang Aussagen wie die oben erwähnte von Reza Akbari, wonach der Konflikt mit den USA kontrolliert und »gemanaged« werden müsse. Wichtiger noch als solche strategischen Überlegungen ist allerdings die Tatsache, dass Iran seine Bereitschaft, mit den USA zu verhandeln, nicht erst mit den Irak-Gesprächen von 2007, sondern bereits im Jahr 2003 unter Beweis gestellt hat. Damals wurde mit dem Botschafter der Schweiz, die in Teheran als amerikanische Interessenvertretung fungiert, eine »road map« für direkte Verhandlungen zwischen Iran und den USA ausgearbeitet und nach Washington geleitet. Doch die amerikanische Regierung ließ sich nicht darauf ein.<sup>84</sup> Die »road map« sah unter anderem Verhandlungen über die iranische Unterstützung für die libanesische Hizbullah vor. Der kritischste politisch-ideologische Punkt des Papiers bestand für Iran aber wohl in der Bereitschaft, sich auch auf Gespräche über eine Zwei-Staaten-Lösung für Israelis und Palästinenser einzulassen, denn dadurch wurde die Frage nach der Anerkennung Israels berührt.

Israel nimmt in der gesamten außenpolitischen Konzeption Irans einen Sonderstatus ein. Während eine Normalisierung der Beziehungen zu den USA trotz allen ideologischen Antiamerikanismus prinzipiell nicht ausgeschlossen ist, wird das Existenzrecht Israels von Teheran heute faktisch bestritten. Bereits 1999 hatte der Revolutionsführer unter Berufung auf

<sup>82</sup> Vom »Wesen des iranischen Regimes« spricht etwa der israelische Ministerpräsident Ehud Olmert; siehe »Unsere Geduld ist am Ende. Interview mit Ehud Olmert«, in: *Spiegel Online*, 19.6.2008, <[www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,560612-2,00.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,560612-2,00.html)>.

<sup>83</sup> *Tabyin*, 1 (19.2.1386 [9.4.2007]) 5, S. 19.

<sup>84</sup> Text des Verhandlungsvorschlags sowie des Begleitbriefs des Schweizer Botschafters an Washington in: Trita Parsi, *Treacherous Alliance. The Secret Dealings of Israel, Iran, and the U.S.*, New Haven/London 2007, S. 341–346, Appendices A–C. Faksimile der »road map« unter <[www.washingtonpost.com/wp-srv/world/documents/us\\_iran\\_1roadmap.pdf](http://www.washingtonpost.com/wp-srv/world/documents/us_iran_1roadmap.pdf)>.

Khomeini gesagt, dass Widerstand und Kampf die einzigen Mittel seien, um »das gefährliche Krebsgeschwür Israel auszurotten«. <sup>85</sup> Insofern ist es hinsichtlich der iranischen Intentionen belanglos, dass die internationalen Medien die Aussage, die Ahmadinejad im Oktober 2005 auf dem Kongress »Eine Welt ohne Zionismus« machte, mit der Übersetzung »Israel muss von der Landkarte gelöscht werden« falsch wiedergegeben haben. Tatsächlich hatte Ahmadinejad Khomeini mit den Worten zitiert: »Das Jerusalem besetzende Regime muss aus den Seiten der Geschichte verschwinden.« Doch die iranische Propaganda griff selbst auf die falsche englische Übersetzung zurück und verwendete die Schreckensparole etwa als Aufschrift auf Raketen bei Paraden zum Jahrestag der Revolution. Der Wunsch nach Israels Nichtexistenz ist ungeachtet aller Übersetzungsfehler offenkundig. Bei entsprechenden Aussagen der iranischen Führung fällt lediglich auf, dass sie immer subjektlos gehalten sind – es wird nicht gesagt, dass Iran diesen Wunsch vollstrecken werde.

Trotz der demonstrativ vorgetragenen Grundsätzlichkeit der iranischen Haltung zu Israel gibt es aber auch pragmatische Ansätze mit Spielräumen dafür, die Existenz Israels wenigstens hinzunehmen. Sie sollten nicht übersehen werden, auch wenn die gegenwärtige politische Situation es unvorstellbar erscheinen lässt, dass sie praktische Bedeutung erlangen könnten. In den neunziger Jahren benutzte die iranische Diplomatie während des »kritischen Dialogs« mit den Europäern die Formel »Wir sind gegen Israel, aber wir tun nichts gegen Israel«. Später forderte der Revolutionsführer ein Referendum der Bevölkerung Gesamtpalästinas, also einschließlich der jüdischen Seite, über einen zukünftigen Staat. Die Zustimmung aller Palästinenser zur Zwei-Staaten-Lösung, so der frühere iranische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Javad Zarif, könnte als ein solches Referendum interpretiert werden, das dann indirekt auch die Anerkennung Israels impliziert. <sup>86</sup>

Voraussetzung für eine solche pragmatische Interpretation wäre eine grundlegende Verbesserung der politischen Situation im Nahen und Mittleren Osten und vor allem ein Wandel im iranisch-amerikanischen Verhältnis. Denn Teherans Politik gegenüber Israel ist trotz all ihrer ideologischen Schärfe nur eine »Teil-

menge« der iranischen Politik gegenüber den USA. <sup>87</sup> Im Vergleich zu den Vereinigten Staaten, so Khomeinis Diktum, sei Israel der »kleine Satan«, und die iranische Verfassung, die zwar die »vollständige Beseitigung des Imperialismus« fordert, erwähnt weder Israel noch den Zionismus, ja nicht einmal Palästina. Gerade in der ersten Zeit nach der Revolution war Irans Verhältnis zu Israel keineswegs klar entschieden, sondern Gegenstand politischer Erwägungen – unabhängig von Khomeinis scharfer antiisraelischer Rhetorik. <sup>88</sup> Während des Krieges gegen den Irak akzeptierte Iran 1985 sogar die Lieferung von Raketen aus Israel im Austausch gegen amerikanische Geiseln der libanesischen Hizbullah (ein Vorgang, der Teil der berühmten Iran-Contra-Affäre der Reagan-Administration war).

Vieles spricht dafür, dass die Steigerung der iranischen Ablehnung Israels ins Grundsätzliche auch als Reaktion auf die Verschärfung der israelischen Politik gegenüber Iran seit 1992 zu sehen ist. Damals initiierte die Regierung der israelischen Arbeitspartei unter Yitzhak Rabin und Shimon Peres den scharfen Anti-Teheran-Kurs im Zeichen der bis heute gültigen Doktrin der »iranischen Bedrohung«. Grund dafür war die Befürchtung der Israelis, dass es zu einer Annäherung zwischen Iran und den USA kommen könnte, die das eigene strategische Gewicht in der Region schwächen würde. Dass sich damals die Möglichkeit einer Verständigung zwischen Teheran und Washington abzeichnete, hatte mit der neutralen Haltung Irans im ersten Krieg gegen Saddam Hussein 1991 zu tun. <sup>89</sup> Wenn also die antiisraelische Rhetorik Irans, die eine eventuelle Annäherung zwischen beiden Ländern ungemein erschwert, auch in Granit gemeißelt zu sein scheint, so zeigt doch die Geschichte, dass das iranisch-israelische Verhältnis auf beiden Seiten von geopolitischen Interessenabwägungen bestimmt wird – also für einen Wandel zum Besseren prinzipiell offen ist.

<sup>87</sup> Vgl. Kaveh L. Afrasiabi, »The Iran-Israel misconception«, in: *Asia Times*, 25.6.2006, <[www.atimes.com/atimes/Middle\\_East/HA25Ak02.html](http://www.atimes.com/atimes/Middle_East/HA25Ak02.html)>.

<sup>88</sup> Parsi, *Treacherous Alliance* [wie Fn. 84], S. 94.

<sup>89</sup> Trita Parsi, »Under the Veil of Ideology: The Israeli-Iranian Strategic Rivalry«, in *MERIP*, 9.6.2006, <[www.merip.org/mero/mero060906.html](http://www.merip.org/mero/mero060906.html)>; ders., *Treacherous Alliance* [wie Fn. 84], S. 160–170.

<sup>85</sup> So anlässlich eines Treffens mit Nabih Berreh am 7. Mai 1999, <[www.leader.ir/langs/fa/?p=contentShow&id=1774#>](http://www.leader.ir/langs/fa/?p=contentShow&id=1774#>).

<sup>86</sup> Parsi, *Treacherous Alliance* [wie Fn. 84], S. 213f.

## Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Die hier dargestellten und analysierten Diskurse beschreiben Irans Identität im Verhältnis zur Außenwelt. Sie gelten der Rolle des Landes als Regionalmacht, und dabei bilden die USA – entsprechend der konkreten politischen Lage in der Region – die entscheidende Reibungsfläche. Diese Diskurse kreisen, ähnlich wie jene über den Atomstreit, um die Themen Unabhängigkeit, Entwicklung, Gerechtigkeit und Widerstand.<sup>90</sup> Dabei wirken sie, als wollten sie der ursprünglichen Bedeutung des Wortes Diskurs (von lat. *discurrere* = hin und her laufen) gerecht werden: Sie sind ausufernd und wiederholend, nur gelegentlich und für Außenstehende fast unmerklich werden sie auf konkrete Fragen zugespitzt. Iranische Identitätsbeschreibungen haben sich seit Beginn des 20. Jahrhunderts zwischen nationalistischen und islamistischen Extremen bewegt und waren intern meist aufs Heftigste umstritten.<sup>91</sup> Die hier untersuchten Diskurse lassen in ihrer Gesamtheit keine klare Grenzziehung zwischen Iranischem und Islamischem mehr zu; sie versuchen in ihren oft uferlosen Formen beide Tendenzen zu berücksichtigen. Das »iranisch-islamische Entwicklungsmodell« Khameneis soll die Sehnsüchte und Grundpositionen aller Iraner ansprechen. Dem Revolutionsführer kommt bei der permanenten Identitätsbeschreibung eine zentrale Rolle zu, denn er fungiert entsprechend seiner verfassungsmäßigen Aufgabe als Garant der Nation und des Systems. Er hat die gesamte Nation zu überzeugen und sie trotz aller internen widerstreitenden Kräfte zusammenzuhalten.

Innenpolitisch geht es den beschriebenen Diskursen um die Deutungshoheit gegenüber denjenigen im Lande, die der gegenwärtigen Führung kritisch begegnen oder gar eine andere Republik wollen. Die eigene Gesellschaft, die sich im Laufe der Zeit überwiegend zu einer nachrevolutionären entwickelt hat, soll vom fortwährenden Sieg der Revolution auch in der Außenpolitik und vom Erfolg des Modells der Islamischen Republik überzeugt werden. Die Behauptung, dass

man dem äußeren Feind erfolgreicher denn je die Stirn biete und seine Pläne durchkreuze, soll zur Festigung des Systems im Innern beitragen – ebenso wie die Kampagnen zur »moralischen und sozialen Sicherheit«, mit denen die Bevölkerung besonders seit dem Frühjahr 2007 moralistisch gegängelt wird.

Dass der Revolutionsführer und die Revolutionsgarden in diesen Diskursen die bestimmende Rolle spielen, verweist auf Akzentverschiebungen in der Machtausübung seit der Ära Khatami. Präsident Ahmadinejad kann sich zwar der Aufmerksamkeit der internationalen Medien gewiss sein. Wichtiger für Iran ist jedoch, dass der Revolutionsführer verstärkt als richtungsweisende Kraft in die Öffentlichkeit tritt und die Revolutionsgarden – zusätzlich zu ihrem gewachsenen Einfluss in Politik und Wirtschaft – eine flankierende Funktion in der politischen Meinungsbildung übernommen haben. Die Macht sowie die machterhaltenden Identitäts- und Legitimationsdiskurse liegen jetzt einerseits bei einem Revolutionsführer, der noch selbst zu den bestimmenden Kräften der Revolution zählte, andererseits bei Angehörigen einer Generation, die durch die Revolution geprägt wurde und ihre politische Formierung vor allem im achtjährigen Krieg gegen den Irak erfahren hat. Ahmadinejad, der ebenfalls zu dieser Generation gehört, kommt in dem Gefüge die Rolle des populistischen Mobilisators und Chefs der Exekutive zu. Er wirkt in die Außen- und Sicherheitspolitik des Landes hinein, aber er bestimmt sie nicht.<sup>92</sup>

Mit den hier beschriebenen Diskursen soll nicht nur ein allgemeiner gesellschaftlicher Konsens über ungefähre Leitideen erzielt werden, sondern vor allem auch ein Elitenkonsens. Wer in der Islamischen Republik Iran mitreden will, muss sich innerhalb der Parameter dieser Diskurse bewegen – nur in diesem Rahmen kann man etwas erreichen. Allerdings beziehen sich die Parameter nur auf grundsätzliche Zielvorstellungen, Werte und Ambitionen. Über die Wege zu deren Verwirklichung kann, wie die Kontroversen zur

<sup>90</sup> Vgl. Moshirzadeh, »Discursive Foundations« [wie Fn. 48].

<sup>91</sup> Farideh Farhi, »Crafting a National Identity amidst Contentious Politics in Contemporary Iran«, in: Homa Katouzian/Hossein Shahidi (Hg.), *Iran in the 21st Century. Politics, Economics and Conflict*, London/New York 2007, S. 13–27 (13f).

<sup>92</sup> Johannes Reissner/Simon Fuchs, *Wahl gewonnen – Macht zerronnen? Ahmadinejads Machtbasis nach den Parlamentswahlen*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juni 2008 (SWP-Aktuell 54/2008).

Umsetzung der »20-Jahre-Vision« zeigen, sehr wohl gestritten werden.

Die Revolution ist der zentrale Begriff, in dem die innen- und außenpolitischen Dimensionen der Identitätsbeschreibung zusammenfließen. Sie war die entscheidende Weichenstellung auf dem Weg zur idealen islamisch-iranischen Gesellschaft, die es gemäß der »20-Jahre-Vision« zu schaffen gilt. Zugleich richtete sie sich in antiimperialistischer Weise nach außen. Der Schah wurde 1979 nicht nur als ungerechter Despot gestürzt, sondern vor allem als »Lakai der USA«. In diesem antiimperialistischen Moment trafen sich die nationalistischen und islamistischen Revolutionäre, bevor der Umsturz durch die Islamisten usurpiert wurde. Die Betonung des Revolutionär-Antiimperialistischen seit Ahmadinejads Amtsantritt steht ebenfalls in innen- wie außenpolitischen Zusammenhängen. Innenpolitisch soll damit die Reformbewegung marginalisiert werden. Ihr wird vorgeworfen, sich dem amerikanisch-westlichen Druck vor allem im Atomstreit nicht ausreichend widersetzt zu haben. Durch den Kurs der politischen und kulturellen Öffnung habe sie die Verwestlichung der Gesellschaft begünstigt, ohne dass dabei die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes gelöst worden wären. Außenpolitisch hat die Regierung Ahmadinejad nach ihrem Amtsantritt 2005 die offensichtliche Schwächung der amerikanischen Position in der Region genutzt, um den eigenen Einfluss hartnäckig und geschickt auszubauen, unter anderem durch intensive islamistische und antiimperialistische Propaganda. Obwohl die iranische Führung einen amerikanischen Militärschlag nicht ausschließt, sieht sie sich innen- und außenpolitisch in einer sicheren Position – auch deshalb, weil der revolutionäre Antiimperialismus zum ideologischen Arsenal der Abschreckung und Selbstvergewisserung gehört.

In seiner gegenwärtigen Intensität ist Irans antiimperialistischer Kurs den politischen Verhältnissen geschuldet. Eine Verbesserung der Beziehungen zu den USA und zum Westen allgemein könnte diesen Kurs wenn schon nicht aufheben, so doch erheblich entschärfen. Die iranische Rhetorik verfügt jedenfalls über ausreichende Rückfallpositionen, um eine solche Kursänderung gegebenenfalls rechtfertigen zu können. Doch selbst wenn es dazu kommen sollte, dürfte das als revolutionär verstandene antiimperialistische Moment im Welt- und Selbstverständnis Irans weiterhin eine wichtige Rolle spielen, denn es hat auch Kompensationsfunktion. Es dient der Externalisierung interner Widersprüche und dem Umgang mit der tiefen

Kluft zwischen hohen Entwicklungsidealien und dem tatsächlich Erreichten. Zwar kann keine Rede davon sein, dass nach der Revolution nichts erreicht worden wäre – das Problem besteht jedoch darin, dass die bisherigen Ergebnisse von außen nicht anerkannt werden. Auf diese Weise entsteht ein Druck, der in Antiimperialismus abgeführt werden kann. Mannigfaltig gerechtfertigt weiß man sich dabei durch die eigene Geschichte, die zugleich in der Bevölkerung den nötigen Resonanzboden für Antiimperialismus schafft.

Doch die Ziele der iranischen Führung gehen nicht in Antiimperialismus (und schon gar nicht in Anti-amerikanismus) auf. Der an der Columbia University in New York lehrende Hamid Dabashi hat die letzten zweihundert Jahre iranischer Geschichte als einen fortwährenden Kampf progressiver Kräfte gegen einheimische Despoten und imperialistische Mächte des Westens beschrieben, als ein Ringen zwischen »antikolonialer Moderne« und »kolonialer Moderne«.<sup>93</sup> Aufbauend auf Edward Said, dessen Werk »Orientalismus« zu den Klassikern postkolonialer Theoriebildung gehört, analysiert Dabashi die westliche Moderne als »koloniale Moderne«. Die iranische Revolution von 1979 sieht er in einer Linie mit den historischen antikolonialen Tendenzen des Landes. Dabei bezieht sich Dabashi vor allem auf die Überwindung der sozialen, wirtschaftlichen und epistemologischen Kolonialstrukturen, die auch nach dem Ende der direkten kolonialen Herrschaft fortbestanden. Die Usurpation der Revolution durch die Islamisten und die Islamische Republik betrachtet er jedoch als üble Korruption des zweihundertjährigen Kampfes. Man mag dieses Urteil teilen oder nicht – die Islamische Republik Iran jedenfalls versteht sich geradezu als Erfüllung des historischen Ringens um eine eigene, antikoloniale Moderne.

Das »Anti« bringt dabei eine Protesthaltung zum Ausdruck, die die Führung in Teheran mit den islamistischen Bewegungen weltweit teilt.<sup>94</sup> Charakteristisch für den Protest ist, dass er primär grundsätzlichen

<sup>93</sup> Hamid Dabashi, *Iran. A People Interrupted*, New York/London 2007. Die Unterscheidung zwischen kolonialer und antikolonialer Moderne findet sich schon in der Einleitung der Neuauflage seines zuerst 1992 erschienenen Werks *Theology of Discontent. The Ideological Foundation of the Islamic Revolution in Iran*, New Brunswick/London 2006. Eine andere empfehlenswerte Darstellung, die beschreibt, wie die letzten zwei Jahrhunderte in die Islamische Republik führten: Yann Richard, *L'Iran. Naissance d'une république islamique*, Paris 2006.

<sup>94</sup> Vgl. Johannes Reissner, *Islam in der Weltgesellschaft. Wege in eine eigene Moderne*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juli 2007 (SWP-Studie 19/2007), S. 21.

Themen wie etwa dem Imperialismus gilt, seine konkreten Ziele jedoch von Fall zu Fall wandelbar sind. Die allgemeinen Themen werden jeweils mit Idealvorstellungen verknüpft, denen Höchstrelevanz zugesprochen wird – was gleichzeitig ein hohes Maß an Flexibilität erlaubt, wenn je nach Umständen konkrete Einzelziele zu benennen sind. Die emphatische Sprache des Protests vermittelt einen ganzen Sternenhimmel an dringlichen Forderungen; Fragen der Prioritäten und eventuelle Widersprüche lassen sich dabei leicht durch Ad-hoc-Entscheidungen umgehen, solange nur die Sterne am Himmel bleiben. Auf diese Weise kann die iranische Rhetorik ihre Resonanzfähigkeit entfalten und die Parole der Gerechtigkeit ins Feld führen – immer vor der Hintergrundfolie einer Aufteilung der Welt in »führende« und »bedrängte« Nationen (Edward Said). Wie die »20-Jahre-Vision« und der Glaube des Revolutionsführers an einen eigenen, von westlichen Vorbildern unabhängigen Fortschritt zeigen, versteht man sich nicht etwa als antimodern, sondern als mitgestaltenden Teil einer alternativen Moderne.

Ein Rezept für den Westen, wie mit dem Komplex aus Antiimperialismus und Streben nach einer antikolonialen Moderne politisch umzugehen ist, gibt es nicht. Darauf zu hoffen, dass sich dieses Phänomen mit fortschreitender Globalisierung und verbesserter Entwicklungszusammenarbeit im Laufe der Zeit irgendwie von selbst erledigt, wäre zu riskant. Denn damit würde man unterschlagen, dass auch Globalisierungsprozesse durch Machtverhältnisse bestimmt werden, an denen sich Widerstand entzündet. In theoretischer Hinsicht würde das Verharren in dieser Hoffnung die »Vielfalt der Moderne« leugnen, und die Kommunikation liefe Gefahr, den westlichen Monopolanspruch auf die Moderne lediglich zu perpetuieren.

Teheran hat seit der Revolution das Bedürfnis nach Anerkennung, das dem Syndrom »antikoloniale Moderne« eigen ist, deutlich als Forderung nach »Anerkennung der Revolution« formuliert. Auf dem Weg in Richtung Anerkennung kann Dialog zwar ein wichtiger Schritt sein, doch er genügt nicht, solange im »Kulturdialog« handfeste Interessen mehr oder minder außen vor bleiben und der »kritische Dialog« sich in erster Linie darauf beschränkt, dass der Westen von Iran Verhaltensänderungen einfordert. Insofern ist Teherans »aggressive Diplomatie«, die darauf setzt, selbst Forderungen zu erheben, als die zur Doktrin verdichtete Empfindung zu verstehen, die sich seit den neunziger Jahren auch bei durchaus pro-westlichen Iranern

aufgestaut hat. Die Wut darüber, immer nur mit Forderungen konfrontiert zu werden, war echt – auch wenn sie gleichzeitig taktisch genutzt werden konnte.

Anerkennung (bzw. das Empfinden, anerkannt zu werden) kann nicht Gegenstand von Verhandlungen sein.<sup>95</sup> Sie kann nur *in* Verhandlungen, im Rahmen eines Gesprächsprozesses, zum Tragen kommen. Von daher gesehen bedeutet Irans Positionierung als Regionalmacht, die USA als den derzeit mächtigsten Akteur in der Region zur Anerkennung des Landes herauszufordern. Die amerikanisch-iranischen Verhandlungen über den Irak wurden von Teheran bereits als ein Schritt praktizierter Anerkennung erfahren. Afghanistan und der Persische Golf sind weitere Bereiche, über die Verhandlungen im Interesse des Spannungsabbaus nötig wären.

Allerdings ist hierzu eine grundlegende Änderung des strategischen Ansatzes der USA gegenüber der Region notwendig. Der Westen hat nicht die Kapazitäten, um seine Ordnungsvorstellungen durch bloße Exklusion jener, die ihnen widersprechen, durchzusetzen. Die aus dem Kalten Krieg überkommene Strategie, ein Land der Region wie Israel zum Hauptverbündeten zu machen, möglicherweise ergänzt um weitere pro-amerikanische Partner (wie seinerzeit das als »Polizist am Golf« agierende Schah-Regime), ist nicht mehr haltbar. Denn erstens existiert die Sowjetunion als übergeordneter Gegner, auf den sich diese Strategie letztlich bezog, nicht mehr. Zweitens werden regionale Kräfteverhältnisse heute von der Möglichkeit bestimmt, auf globaler Ebene Beziehungen zu unterschiedlichsten Mächten zu nutzen, um die eigene Position in der Region zu stärken – wofür Iran das beste Beispiel ist. Angesichts dieser veränderten Situation lassen sich amerikanische und westliche Interessen nicht mehr durch pro-amerikanische Speerspitzen oder Brückenköpfe in der Region wahren, sondern letztlich nur durch ein Balancieren zwischen den bestehenden Kräften. Natürlich würde dabei die Unterscheidung zwischen pro- und antiamerikanischen sowie »gemäßigten« und »radikalen« Kräften weiterhin Geltung beanspruchen und praktisch angewandt werden. Doch eine solche Änderung der strategischen Grundhaltung würde es unmöglich machen, ein Land von der Bedeutung Irans in die Zone der gewünschten Nichtexistenz abzuschieben, indem man

<sup>95</sup> Kenneth M. Pollack, *The Persian Puzzle. The Conflict between Iran and America*, New York 2004, S. 396.

es ausschließlich als Paria oder Schurkenstaat betrachtet.

Die Europäer laufen wegen des Atomstreits und der antiisraelischen Tiraden der iranischen Führung Gefahr, das Land in ähnlicher Weise zu dämonisieren, wie es in den Vereinigten Staaten seit langem geschieht und vice versa auch in Iran gegenüber den USA üblich ist. Zu empfehlen wäre den europäischen Staaten folgendes: Erstens sollten sie das zentrale iranische Interesse ansprechen – dieses besteht, wie die hier untersuchten Diskurse zum Selbstverständnis Irans als Regionalmacht zeigen, in Entwicklung. Dabei haben die Europäer auch jenseits des nuklearen Bereichs viel zu bieten. In einer pragmatischen Kooperation liegt überdies die Chance, dass sich unter den Iranern das Gefühl einstellt, von der Moderne nicht ausgeschlossen zu sein. Zweitens sollten die Europäer eine Strategie regionaler Balance fördern, zumal ihr Verhältnis zu der Region ohnehin nicht von Brückenkopfstrategien bestimmt ist. Da sie von den unkalkulierbaren Folgen eines Militärschlags gegen Iran eher betroffen sein könnten als die USA, sollten sie deutlich machen, dass ein solcher Einsatz erst dann als »letztes Mittel« gelten kann, wenn sich Washington tatsächlich ernsthaft um Verhandlungen mit Teheran bemüht hat. Dabei muss auch die Frage gestellt werden, ob eine echte Annäherung zwischen den USA und Iran den Sicherheitsinteressen Israels nicht dienlicher wäre als ein militärisches Vorgehen.

Im Interesse der regionalen Balance sollten die Europäer die Politik der Eindämmung durch Engagement unterstützen, wie sie von den arabischen Golfanrainern und insbesondere von Saudi-Arabien gegenüber Iran betrieben wird. Arabische Ängste vor iranischem Hegemoniestreben sind ernst zu nehmen, sollten europäischerseits jedoch nicht unkritisch übernommen werden, schon gar nicht, was die Phantasien einer drohenden Schiitisierung der Region angeht. Vielmehr sollten die Europäer die Ansätze regionaler Zusammenarbeit, die durchaus schon existieren, zur Kenntnis nehmen und zu fördern suchen. Afghanistan wäre ein Feld, auf dem eine selektive Zusammenarbeit zwischen Europäern und Iran (das vielfältigen Einfluss in dem Nachbarland hat) vertrauensbildende Wirkung entfalten könnte, etwa bei der Flüchtlingsarbeit, der Grenzsicherung oder der Eindämmung des Drogenhandels. Iran teilt in weiten Bereichen das westliche Interesse an regionaler Stabilität. Daher sollte das Land, wo immer es möglich ist, in Anerkennung seines Status als Regionalmacht auch in die Verantwortung genommen werden.